



**Nein zur Rotstiftpolitik der
Landesregierung!**



Wehret den Anfängen ...

Was passiert, wenn Fußballspieler gehäuft gegen die Regeln verstoßen? Verwarnung – gelbe Karte – rote Karte – längere Sperre – empfindliche Geldstrafe. Das ist bei allen Beteiligten Konsens. Auch bei den Zuschauern. Schüler und Schülerinnen, die in Vereinen Mannschaftssport betreiben, unterwerfen sich selbstverständlich Disziplin, Fleiß und der nicht verhandelbaren Ordnung und wissen, was droht, wenn sie z. B. ohne vollständige Ausrüstung, verspätet oder gar nicht zum Training kommen, sich verbal oder physisch vergreifen. Und in der Schule? Warum funktioniert das Einhalten von Regeln und Primärtugenden hier offensichtlich immer weniger? Liegt es an den Trainern oder den Spielern? Wahrscheinlich an beiden.

Bernhard Bueb, ehemaliger Leiter des Elite-Internats Salem, heizte 2007 mit seinem Buch „Lob der Disziplin“ die Erziehungsdebatte in Deutschland nur kurzfristig an, Strukturdebatten überlagerten eine sachliche Auseinandersetzung über die ureigenen Aufgaben von Schule, nämlich unterrichten und erziehen. Schulstrukturen wurden inzwischen bundesweit immer mehr vereinheitlicht, das jahrzehntelange Problem der Hauptschule und deren Kollegen im Umgang mit lernunwilligen und/oder verhaltensauffälligen Schülern hat sich verlagert. Seit Einführung der Realschule plus ist es de facto auch das Problem dieser Schulart geworden.

Zielführend kann nur der Blick nach vorn und das unbeirrbar, konkrete ‚bei den Hörnern packen‘ dieses alten und gleichzeitig neuen Problems sein. Konkret heißt das: Ins-Leben-Rufen eines landesweiten Bündnisses ‚Gegen Verrohung an den Schulen‘.

Solch vernetzte Aktionen können sehr wohl sehr erfolgreich sein. Nur vordergründig hinkt in diesem Zusammenhang das Beispiel ‚Brandenburg gegen rechte Gewalt‘: Landesweit praktizierte man die Übereinkunft, Gaststätten und Versammlungsräume nicht an Neonazis zu vermieten, in der Presse nur noch über Gegendemonstrationen zu berichten und ‚braune Aufmärsche‘ totzuschweigen, Ordnungs- und Polizeikräfte erhielten praxisorientierte Vorgaben für einheitliches Verhalten, bei Verstößen wurden Gesetze konsequent und zeitnah ausgeschöpft, ... Das Ergebnis war nach nur einer Legislaturperiode vorzeigbar: die DVU sank im Parlament von 6,1 Prozent im Jahr 2004 auf unter 1,2 Prozent in 2009.

Wenn Ihnen das zu weit gegriffen ist, dann kann das Beispiel der Friedrich-Bergius-Schule in Berlin-Friedenau dienlich sein – www.friedrich-bergius-schule.de –. Vor sechs Jahren stand die Schule vor der Schließung, weil die Anmeldezahlen aufgrund des schlechten Rufes immer weiter zurückgingen; Schulschwänzen und Gewalt prägten den Schulalltag. Ein daraufhin gemeinsam entwickeltes und vor allem konsequent gelebtes Leitbild verbunden mit einem klaren Regelkodex brachten die Wende: 2011 gab es so viele Anmeldungen, dass gelöst werden musste.

Die jetzt vom VDR angestoßene ERZIEHUNGSOFFENSIVE hat landesweit großes Echo und vielfältige Zustimmung gefunden. Wenn immer mehr erschreckend viele Lehrkräfte ‚zu Boden gehen‘ ist es allerhöchste Zeit zu HANDELN. Und zwar landesweit als konzertierte Aktion von Schulleitungen/Lehrkräften, Elternvertretungen, Schülervertretern (Schüler-Mediatoren), Kommunal- und Landespolitikern. Aus einer landesweiten ‚Veranstaltung‘ können Bezirksbündnisse/-konferenzen entstehen mit der Aufgabe, eindeutige Praxis-Aufgaben, konkrete Verhaltensregeln und Sanktionen aufzustellen, die von den Schulen landes- bzw. bezirkswweit zu übernehmen sind. Wenn viele Schulen auf diese Art wirklich am gleichen Strang ziehen, ist keine einzelne mehr ‚allein auf weiter Flur‘.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr in Gesundheit! Erholbare Ferien mögen Ihnen den Elan geben, die Erziehungsoffensive aktiv umzusetzen.

Freundlichst Ihre

Impressum

Herausgeber VDR

Verband Deutscher Realschullehrer
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
55116 Mainz

Landesvorsitzender

Bernd Karst
Grolsheimer Weg 5
55411 Bingen
Tel. 0 67 21 / 99 49 99
Fax 0 67 21 / 99 49 98
E-Mail
karst.bernd@vdr-rlp.de

Zentrale Mitgliederkartei und Inkasso

Martin Radigk
Nachtigallenweg 55
67346 Speyer
Tel. 0 62 32 / 4 04 44
Fax 0 62 32 / 1 21 33 18
E-Mail
Landeskassierer@vdr-rlp.de

Chefredakteurin

Christiane Lehmann
Grüner Weg 7
56323 Waldesch
Tel. 0 26 28 / 81 68
E-Mail
lehmann.christiane@vdr-rlp.de

Internet Adresse

<http://www.realschule-vdr.de>

Layout

Mediengestaltung Nehring
Lohrweg 48
56218 Mülheim-Kärlich
E-Mail
roland.nehring@web.de

Druck

Görres Druckerei Koblenz

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Lehrerinnen und Lehrer müssen spüren, dass ihr Engagement honoriert wird

In Berlin wurde am 30. November 2011 der Deutsche Lehrpreis verliehen. Ausgezeichnet wurden die innovativsten Unterrichtsideen, aber auch das Engagement eines Lehrers für seine Schüler. Wann ist ein Lehrer ein guter Lehrer? Die Meinungen dazu sind bekanntlich sehr unterschiedlich. Ebenso die Rollenerwartungen. Die Bundeskanzlerin unterstrich bei der Preisverleihung die gesellschaftliche Bedeutung von Lehrern und warnte zugleich davor, Lehrer zu überfordern.

Die Rede hört sich gut an

„Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer mit Leidenschaft. Lehrer entscheiden mit ihrer Arbeit über die Qualität einer Schule und damit im Grunde über einen weiten Teil der Jugend eines Menschen. Wenn man sich einmal überlegt, wie viele Stunden man in der Schule verbringt, dann wird klar, dass dort die Sicht auf die Welt geprägt wird. Dass die Welt durch Lehrer verständlicher wird, dass man Freude am Entdecken haben kann, dass Wissen und Können vermittelt werden – das ist den Lehrerinnen und Lehrern zu verdanken. Lehrer übernehmen natürlich auch Erziehungsverantwortung, viele Lehrer sind Vertrauenspersonen für die Schülerinnen und Schüler. Es lohnt sich, darüber zu sprechen, wie viel wir denn auf diesem Gebiet von ihnen erwarten. Ich glaube, Lehrerinnen und Lehrer wertzuschätzen, heißt nicht, alles von ihnen zu erwarten, denn es gibt auch noch ein paar andere Menschen im Leben eines Kindes, die Verantwortung übernehmen sollten. Die Familie ist auch durch Lehrer nicht zu ersetzen. Das sage ich nicht, um die Leistung der Lehrerinnen und Lehrer kleinzureden, sondern um deutlich zu machen: Wir dürfen sie nicht überfordern.“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel, Berlin, 30.11.2011)

Die Realität ist anders

Die Wertschätzung, die den Lehrerinnen und Lehrern in günstigen Momenten wie bei dieser Preisverleihung entgegengebracht wird, gewinnt nur dann

an Glaubwürdigkeit, wenn gleichzeitig die offensichtlichen Probleme, die Unterrichten und Erziehen erschweren, in Angriff genommen werden. Die Beispiele, wo politisch dringend etwas getan werden muss, sind zahlreich:

- Die Klassen sind zunehmend heterogener geworden. Viele Bemühungen um eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler erzielen infolgedessen nicht mehr den intendierten Erfolg.
- Die Klassen sind immer noch sehr groß. Der Anspruch auf einen zeitgemäßen Unterricht ist mit der Vorgabe einer Klassengröße von bis zu 30 Kindern nicht mehr vereinbar.
- Die „Inklusion“ ist zum Reizthema geworden. Eine erfolgversprechende Inklusion setzt Professionalität sowie massive personelle und sächliche Absicherung voraus. Davon sind die meisten allgemein bildenden Schulen im Vergleich zu den Förderschulen weit entfernt.
- An vielen Schulen besteht ein gravierend hoher Unterrichtsausfall. Neben dem strukturellen Ausfall bedeutet vor allem der temporäre Unterrichtsausfall eine oft unlösbare Herausforderung für die Schulen. Sie benötigen ein geeignetes Instrumentarium, das Abhilfe leistet.
- Es fehlen Lehrkräfte, insbesondere in Mangelfächern. Viele ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer stehen zur Verfügung. Die meisten von ihnen erhalten jedoch kein Einstellungsangebot bzw. keine Beamtenstelle.



Bernd Karst, VDR-Landesvorsitzender

- Die veränderten und mitunter übersteigerten Erwartungen an das „System Schule“ führen, oft unübersehbar, zu physischen und psychischen Folgen für die Betroffenen. Lehrkräfte und Schulleitungen brauchen mehr Ruhe, größere Freiräume und umfangreichere Freistellungen zur Bewältigung der gewachsenen Aufgabenvielfalt.

Einsatz und Leistung müssen sich lohnen

Lehrerinnen und Lehrer müssen spüren, dass ihr Engagement honoriert wird.

Angemessene Formen der Anerkennung und Wertschätzung gehören zu einem wesentlichen kulturellen Bestandteil unserer Gesellschaft. Anerkennung und Wertschätzung dürfen sich nicht auf ein einmaliges „Danke schön“ beschränken.

Einsatz und Leistung müssen sich lohnen, sonst geht die Motivation allmählich verloren.

„Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer mit Leidenschaft“, sagte die Bundeskanzlerin bei der Verleihung des Deutschen Lehrpreises.

Schön und gut geredet, aber – und diese Forderung richtet sich an die Landesregierung – Qualität hat auch ihren Preis.

Bernd Karst
VDR Landesvorsitzender

VDR und SPD im Dialog „Der Realschule plus gilt unser besonderes Augenmerk!“

Der VDR führte im Oktober 2011 ein Gespräch mit dem Arbeitskreis Bildung der SPD.

Die neu gewählte bildungspolitische Sprecherin der SPD, Bettina Brück (MdL), begleiteten Ulla Brede-Hoffmann (MdL), Jens Guth (MdL), Benedikt Oster (MdL) sowie der Bildungsreferent Johannes Klomann. Der VDR war unter der Leitung des Landesvorsitzenden Bernd Karst mit Wolfgang Wünschel, Wilfried Rausch, Wolfgang Häring, Michael Eich und Timo Lichtenhäger vertreten.

Im Mittelpunkt standen die Themen Fachoberschule, Unterrichtsversorgung, Lehrerbedarf und pädagogische Rahmenbedingungen.



MdL Bettina Brück (SPD)



MdL Ulla Brede-Hoffmann (SPD)



Bernd Karst (VDR)

Der Landesvorsitzende erklärte, dass der VDR die Passage des Koalitionsvertrages positiv bewerte, die die Absicht formuliert, die Fachoberschule an der Realschule plus konsequent fortzuführen. De facto sei allerdings mit Blick auf die rheinland-pfälzische Bildungslandkarte deutlich erkennbar, dass es nach zwei Optionierungsrunden zahlreiche Regionen und große kreisfreie Städte gebe, für die noch keine einzige FOS genehmigt worden sei.

Der VDR fordert daher mit Nachdruck, dass

- die Entscheidung über die Options-

vergabe nicht auf den Schulträger abgewälzt werden darf, da die schulpolitische Gesamtverantwortung beim Land liegt.

- dort, wo die Schülerzahlen der Realschule plus ausreichend sind, die

Anträge zur Errichtung einer FOS zu genehmigen sind.

- die Kriterien für eine Antragstellung vom Ministerium klar und präzise formuliert werden.

Hinsichtlich der Unterrichtsversor-



MdL Jens Guth (SPD), Wolfgang Häring (VDR)

gung forderte der VDR, dass die demografische Rendite in das System zurückfließt. Auch vor dem Hintergrund der Schuldenbremse hat der VDR kein Verständnis dafür, dass an zahlreichen

Schulen hoher Unterrichtsausfall bestehe, zumal ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Kritikpunkt waren auch die pädagogi-

sehen Rahmenbedingungen. Der VDR forderte konkret eine Senkung der Klassenmesszahlen ab Klassenstufe 7. „Wir erwarten, dass der Schülerschaft der Realschule plus im Besonderen Rechnung getragen wird.“, unterstrich der Landesvorsitzende Bernd Karst abschließend. Die Bildungspolitische Sprecherin der SPD, Bettina Brück, versicherte mit dem Hinweis, dass dies nicht als salomonische Floskel verstanden werden möge: „Der Realschule plus gilt unser besonderes Augenmerk.“



VDR: Timo Lichtenthäler, Michael Eich, Wilfried Rausch

Reiß sichert Ausbau des FOS-Netzes zu

Nachdem einige Zurückstellungen und Absagen des Ministeriums bezüglich der Errichtung einer Fachoberschule (FOS) zum Jahr 2012 zu Enttäuschung und Unmut an den betroffenen Schulen geführt hatten, suchte der VDR das Gespräch mit der zuständigen Staatssekretärin im Bildungsministerium. Vera Reiß zeigte dabei Verständnis für die Enttäuschung der Schulen.

Es sei ihr ein persönliches Anliegen und politischer Wille, dass auch in den folgenden Jahren gemäß Koalitionsvertrag das Netz an Fachoberschulen an Realschulen plus kontinuierlich ausgebaut werde. Dabei werde auf eine ausgewogene Verteilung über das ganze Land geachtet und auch die großen Städte sollen berücksichtigt werden. Die Staatssekretärin stimmt mit dem VDR darin überein, dass die FOS an der Realschule plus ein Kernstück der Schulstrukturreform sei. Eine stärkere Verzahnung von beruflicher und allgemeiner Bildung sei im Interesse der Jugendlichen sinnvoll.

VDR-Landesvorsitzender Bernd Karst bekräftigte erneut die Forderung des



STS'in Reiß im Gespräch mit Bernd Karst und Wolfgang Häring

Verbandes, dass der Wunsch nach Errichtung einer FOS an allen Standorten von Realschulen plus berücksichtigt

werden muss, bei denen perspektivisch eine ausreichende Zahl von Anmeldungen erwartet werden kann.



Wolfgang Häring

Pressesprecher
Haering.Wolfgang@vdr-rlp.de



Timo Lichtenthäler

Bezirksvorsitzender Koblenz
Lichtenthaeler.Timo@vdr-rlp.de



Wolfgang Wünschel

Stv. Landesvorsitzender,
Wuenschel.Wolfgang@vdr-rlp.de

Leserbrief im Trierischen Volksfreund vom 21.11.11

Ich weiß nicht, wer in Mainz für die "Verteilung" der sieben Fachoberschulen (FOS), mit denen die Realschulen plus ergänzt werden, verantwortlich war. Einen leicht vernebelten Blick werfe ich demjenigen schon vor. Entgegen der

Auffassung in Mainz besteht in Schweich ein absoluter Bedarf an einem zusätzlichen Oberstufenangebot (über 600 Schüler besuchen dort die Realschule plus). Ich fühle mich als Mutter von drei Kindern an der Realschule plus leider von unserer Bildungsregierung verschaukelt. Mit Einführung der Schulform wurde vor drei

Jahren auch die mögliche Option angepriesen, dass unsere Kinder später auch die Möglichkeit haben, dort ihre Fachhochschulreife zu erlangen.

Claudia Wirtz,
Schülerelternsprecherin der Stefan-Andres-Realschule plus in Schweich

VDR und Bündnis 90/Die Grünen im Dialog

„Wir haben keine ideologischen Bretter vor dem Kopf!“

Ruth Ratter, Grünen-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Bildung ihrer Partei, MdL Elisabeth Bröskamp sowie die wissenschaftliche Mitarbeiterin Dr. Eva Stauf waren Anfang November im Abgeordnetenhaus die Gesprächspartner des ersten bildungspolitischen Austausches mit dem VDR, vertreten durch den Landesvorsitzenden Bernd Karst sowie die Landesvorstandsmitglieder Timo Lichtenthäler, Martin Radigk und Michael Eich.

„Wir haben keine ideologischen Bretter vor dem Kopf. Die Kinder stehen bei uns im Vordergrund“, erklärte Ruth Ratter. Der VDR-Landesvorsitzende betonte: „Wir müssen weg von der Systemfrage! Das Kind muss im Mittelpunkt unserer Schule stehen: Es sind alles unsere Kinder und die Wertigkeit von Bildung darf sich nicht nur nach dem Abitur bemessen“.

Wichtig sei deshalb, so Karst weiter, dass die Reale Bildung gleichberechtigt neben der gymnasialen Bildung stehe. Die Realschule plus brauche die besondere Unterstützung der Politik, damit sie sich als attraktive Alternative zum Gymnasium etablieren und stabilisieren könne. Trotz schwieriger Haushaltslage stünden die Grünen, so Ruth Ratter, nach wie vor zu der Wahlaussage: „Bildung ist unser Kapital! Jeder Euro, der in die Bildung geht, geht in die Sozialprävention.“

VDR und Bündnis 90/Die Grünen unterstrichen, dass die Fachoberschulen an der Realschule plus einen wichtigen Beitrag in der Bildungslandschaft leisten und daher, wie im Koalitionsvertrag aufgenommen, weitere Fachoberschulen einzurichten sind. Elisabeth Bröskamp forderte, dass bei der Einrichtung einer FOS stärker auch der geschlechterspezifische Aspekt berücksichtigt werden müsse. In diesem Sinne sei es für sie wünschenswert,



Timo Lichtenthäler, Martin Radigk, MdL Elisabeth Bröskamp, MdL Ruth Ratter, Bernd Karst, Michael Eich

dass an einigen Standorten neben Technik auch zusätzlich andere Fachrichtungen angeboten werden.

Übereinstimmung bestand in der Einschätzung, dass Inklusion nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gelingen kann und daher nicht der alleinigen Verantwortung der Realschule plus obliegen darf. Die Förderschulen hätten daher weiterhin ihren besonderen Stellenwert, denn vieles was dort geleistet würde, könne von Regelschulen schlichtweg nicht mit gleichem Erfolg übernommen werden. Ruth Ratter konzidierte, dass die Inklusion an Grenzen stoße, wenn Fördermittel und Unterstützung durch professionelles Personal fehlten.

„Die Schulstrukturreform hat unseren Lehrkräften enorme Anstrengungen abverlangt“, konstatierte der Landes-

vorsitzende abschließend. „Es müssen daher noch zahlreiche Gerechtigkeitslücken geschlossen werden.“ Neben der Reduzierung der nicht mehr in den Schulalltag einer Realschule plus oder IGS passenden 27-stündigen Unterrichtsverpflichtung fordere der VDR, dass gerade auch jenen Lehrkräften, die sich überdurchschnittlich in unseren Schulen engagieren, Perspektiven eröffnet werden müssten. Auch in dieser Denkrichtung – so die einhellige Meinung – dürfe es „keine ideologischen Bretter vor dem Kopf“ geben.



Michael Eich
Bezirksvorsitzender Neustadt
Eich.Michael@vdr-rlp.de

Neue Schulstatistik: Verbote auf demografischen Benefit

„... Die Betreuungs-Relation von LehrerInnen gegenüber SchülerInnen zu verbessern und gleichzeitig die Schuldenbremse nicht zu missachten – dieser Spagat gelingt uns.“

60.000 SchülerInnen weniger werden bis zum Ende dieser Legislaturperiode unsere Schulen besuchen – und den daraus erwachsenden demografischen Benefit stecken wir zu einem guten Teil wieder ins Bildungssystem. Mit der stufenweisen Absenkung der Klassengrößen ist der Anfang bereits gemacht,

weitere Schritte zur Verbesserung der Arbeitssituation unserer Lehrerinnen und Lehrer sowie der pädagogischen Qualität von Schulen werden folgen.“

Quelle

Ruth Ratter in www.gruene-rlp.de
vom 17.11.2011

Schulstatistik: Defizit verdoppelt!

Trotz rückläufiger Schülerzahlen musste das Bildungsministerium eine Verdoppelung des Defizits bei der Unterrichtsversorgung in den Realschulen plus und Gesamtschulen einräumen! So hatten sich Eltern und Lehrkräfte die vor der Landtagswahl oft versprochene „Nutzung der demographischen Rendite“ nicht vorgestellt. Besonders in den Realschulen plus, die noch mit den Folgen der Schulstrukturreform belastet sind, ist die Verschlechterung der Unterrichtsversorgung deutlich zu spüren. (s. Grafik)

Im Haushaltsentwurf bekräftigte das Ministerium: „Die Sicherung der Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau hat weiterhin Priorität!“ Die bekannte VDR-Forderung nach einer Versorgung zu 100% + x wurde jedoch weit verfehlt. So lassen sich weder temporäre Unterrichtsausfälle kompensieren noch Fördermaßnahmen umsetzen. Die Transparenz bei Vergabe der für individuelle schulische Maßnahmen vorgesehenen sog. „Poolstunden“ lässt darüber hinaus sehr zu wünschen übrig.

Bernd Karst, Landesvorsitzender des Realschullehrerverbandes ergänzte in einer Pressemitteilung: „Die heute vom Bildungsministerium veröffentlichten Daten sind Durchschnittszahlen und für die Beschreibung der realen Situationen vor Ort wenig hilfreich. Was nützt es den Eltern, deren Kind an einer Schule mit hohem Defizit unterrichtet wird, dass eine Schule irgendwo im weiten Land überversorgt ist?“

Durch die Zahlen des MBWWK wird auch nicht transparent, welcher Anteil an Unterricht durch lediglich befristet eingestellte Hilfslehrkräfte erteilt wird – oft ohne ausreichende Qualifikation. Mit den billigeren Zeitverträgen betreibt man statistische Kosmetik zu Lasten der Unterrichtsqualität und nutzt die Unterrichtenden aus. Der VDR fordert deshalb die Einstellung voll ausgebildeter Lehrkräfte auf Planstellen.

In den Realschulen plus wird außerdem die Unterrichtsver-

Soll-Ist-Differenz nach Schularten in %

	06/07	07/08	08/09	09/10	10/11	11/12
Grundschule	-0,5	-0,6	-0,7	-0,8	-0,8	0,3
Realschule plus	1,2	1,4	1,7	1,6	1,2	2,5
IGS	3,0	3,4	3,2	2,2	2,0	3,0
Gymnasium	2,9	3,2	2,8	2,5	2,2	3,5
Förderschule	3,2	3,9	3,9	3,6	3,5	4,0
Allgemeinb. Schulen	1,6	1,8	1,7	1,5	1,2	2,4

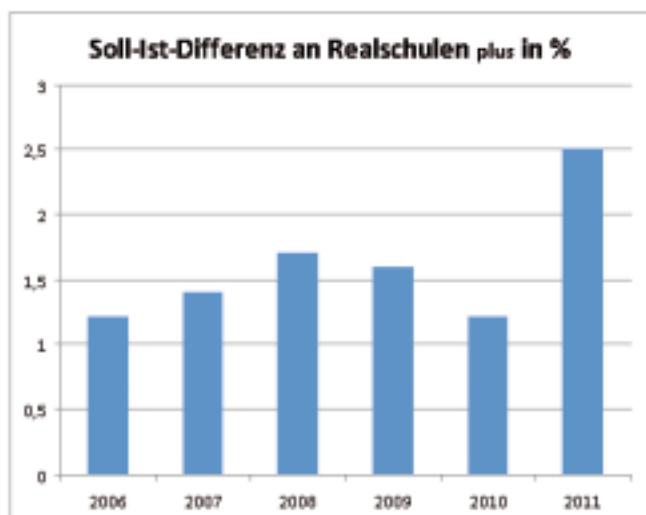
sorgung dadurch statistisch geschönt, dass sich die Klassenmesszahl beim Übergang der Schülerinnen und Schüler von Klasse 6 nach Klasse 7 von 25 auf 30 erhöht. Dagegen fordert der VDR für die Klassen 7 bis 10 eine Messzahl von 20 Schülern in den Berufsreifebildungsgängen bzw. -kursen. Im Realschulbildungsgang dürften 25 Schüler pro Klasse nicht überschritten werden.

Das Ministerium versucht in seiner Pressemitteilung den Anstieg des Unterrichtsausfalls zu erklären: Es sei „zu berücksichtigen, dass im Schuljahr 2011/12 den Schülerinnen und Schülern erhebliche pädagogische Verbesserungen wie z.B. die Absenkung der Klassenmesszahl an den Grundschulen, der weitere Ausbau der Ganztagschulen sowie der Schwerpunktschulen, die Einrichtung der Fachoberschule an Realschulen plus oder der Ausbau der beruflichen Gymnasien zu Gute kommen.“

Dazu Arno Becker in einem Kommentar in der „RHEIN-PFALZ“: „Die rot-grüne Landesregierung verspricht besseren Unterricht und nimmt dafür mehr Unterrichtsausfall in Kauf. Das ist unehrlich. ... Transparent ist Ahnens Schulstatistik nicht, dass jemand erkennen könnte, wo die bildungspolitische Reise hingeht. Die umstrittene Verschärfung der Vertretungspraxis soll nichts zu tun haben mit dem Anstieg des Unterrichtsausfalls. Wirklich belastbare Zahlen über die Entwicklung landesweiter Lehrerzahlen? Fehlanzeige. Sicher ist nur eins: Die Rot-Grüne Koalition nimmt zwar für sich in Anspruch, den Schulunterricht weiter zu verbessern. Da die Kassen jedoch leer sind und die Zahl der Lehrer sinken soll, geht das offenbar nur mit mehr Unterrichtsausfall. Die Katze beißt sich in den Schwanz. Mehr Ehrlichkeit ist notwendig.“



Wolfgang Häring
Pressesprecher
Haering.Wolfgang@vdr-rip.de



Quelle: Pressemitteilung des MBWWK vom 16.11.11

VDR im Dialog mit der CDU

Die Realschule plus benötigt günstige Rahmenbedingungen

Die CDU-Landtagsabgeordneten Bettina Dickes, Martin Brandl und Marion Schneid, Mitglieder des CDU-Bildungsausschusses der Landtagsfraktion, waren am 30.11. Gesprächspartner des VDR-Landesvorstandes, vertreten durch Bernd Karst, Timo Lichtenthäler und Martin Radigk. Im Mittelpunkt standen bildungspolitische Fragen im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushalts der Landesregierung für 2013.

Unter dem Eindruck der Gespräche zum Erhalt des Standortes der Realschule plus in Bad Kreuznach (s. S. 9) forderte Bernd Karst, die Realschulen plus als gleichwertige Schularten zu behandeln. Die Realschulen plus brauchen Räumlichkeiten, die eine Zukunftsperspektive bieten und pädagogische Freiräume gewährleisten. Die Vorsitzende des Bildungsausschusses der CDU Landtagsfraktion, Bettina Dickes, sicherte ihre Unterstützung in der Frage des Schulstandortes Bad Kreuznach zu.

Der Landesvorsitzende des VDR bemängelte hinsichtlich der Unterrichtsversorgung die Darstellung der Landesregierung, dass die Versorgung der Schulen im Durchschnitt fast so gut sei, wie in den letzten Jahren. Die Aussagekraft von Durchschnittszahlen sei begrenzt und verschleierte die personelle Unterversorgung in weniger attraktiven Gebieten.

Frau Dickes kritisiert, dass im Haushaltsentwurf nicht zu erkennen sei, wie die „demographische Rendite“ tatsächlich den Schulen zu Gute komme. Sie unterstützt die Forderung des VDR nach der Schaffung einer verlässlichen Vertretungsreserve an den Schulen, um auf kurzfristig auftretenden Vertretungsbedarf besser reagieren zu können. So sollten die Mittel für Vertretungsverträge besser in die Schaffung neuer Planstellen investiert werden. Dadurch würde jungen



Timo Lichtenthäler, MdL Bettina Dickes, Bernd Karst, MdL Marion Schneid, Martin Radigk, MdL Martin Brandl

Kollegen eine Perspektive in ihrem Beruf in Rheinland-Pfalz gegeben. Die von der Landesregierung ausgewiesenen Stellen im sogenannten Vertretungspool reichten hier nicht aus. Der VDR fordert für die Realschulen plus eine Personal- und Sachausstattung, die den Herausforderungen an eine zeitgemäße Schule gerecht wird. Bernd Karst wies auf die schwierigen Bedingungen im Zusammenhang mit der Schulstrukturreform hin. Die enormen Anstrengungen, die den Lehrkräften und Schulleitungen abverlangt würden, dürften nicht durch dislozierte Systeme zusätzlich verstärkt werden.

Die Forderung nach Inklusion wird zu einer weiteren Herausforderung für die Schulen im Lande. Die VDR-Vertreter betonten, dass die dafür notwendigen Vo-

raussetzungen sowohl personell als auch sächlich völlig unzureichend seien.

Der VDR Landesvorsitzende erwähnte in diesem Zusammenhang die große Bedeutung der Schulsozialarbeit. Frau Schneid, CDU Landtagsabgeordnete im Wahlkreis Ludwigshafen, unterstrich deren Bedeutung vor allem im Hinblick auf Stadtregionen mit sozialen Brennpunkten. Hier sieht sie große Defizite. Bei der teilweise prekären Haushaltslage vieler Städte und Gemeinden sei allerdings der finanzielle Rahmen sehr eng. Das Land müsse die Kommunen stärker finanziell unterstützen.



Martin Radigk
Ref.: Besoldungs-/Versorgungsrecht
Radigk.Martin@vdr-rlp.de

Ausfallzahlen explodieren!

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Bettina Dickes, zeigt sich bestürzt über die aktuellen Daten zum Unterrichtsausfall. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Zahlen verdoppelt. Seit mehr als sechs Jahren war der Unterrichtsausfall nicht mehr so hoch. Zum ersten Mal seit langer Zeit müssen auch die Grundschulen wieder mit einer strukturellen Unterrichtsunterversorgung rechnen.

„Rot-Grün befindet sich auf dem bildungspolitischen Holzweg. Die Regierungskoalition nutzt nicht die Möglichkeit, durch den Rückgang der Schülerzahlen für mehr Qualität an den Schulen zu sorgen. Stattdessen streichen Herr Beck und Frau Ahnen allein in den kommenden Jahren, trotz ansteigenden Unterrichtsausfalls, fast 2.000 Lehrerstellen. Dies zeigt: Rot-Grün spart an der Bildung und damit an der Zukunft unserer Schüler.“

Tatsächlich sei der Unterrichtsausfall an den rheinland-pfälzischen Schulen noch viel höher als von Frau Ahnen beziffert, so Dickes: „In der Statistik des Ministeriums werden auch Arbeitsgemeinschaften am Nachmittag als Unterricht gewertet. Zudem werden seit Monaten nicht mehr beschäftigte Vertretungslehrkräfte einfach weitergeführt.“

Quelle
MdL Bettina Dickes in
www.cdu-fraktion-rlp.de vom 16.11.11

Bezirksvorstand Koblenz vor Ort:

„Wir solidarisieren uns mit den Kolleginnen und Kollegen der Realschule plus Bad Kreuznach!“

Die Schulgemeinschaft der Realschule plus Bad Kreuznach kommt zzt. nicht zur Ruhe. Die schwer erträgliche Diskussion rund um einen geplanten Gebäudetausch der ehemaligen Realschule an der Heidemauer mit der in der Ringstraße installierten IGS verärgert und bindet Kräfte.

Der VDR-Bezirksvorstand Koblenz hat deshalb seine Vorstandssitzung Ende Oktober nach Bad Kreuznach verlegt, um sich vor Ort im Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen ein Bild zu machen. Zusammen mit dem Bad Kreuznacher VDR-Delegierten Hans-Jürgen Struck und weiteren Lehrkräften der Schule wurde die Situation analysiert.

Objektive Fakten sprechen in der Gesamtschau klar gegen die rein fiskalische Argumentation des Kreises. Für die Realschule plus (in Klassenstufe 5 sechszügig) ist das Gebäude an der Ringstraße viel zu klein, für die IGS in ihrem jetzigen Umfang dagegen das Gebäude an der Heidemauer viel zu groß: das Missverhältnis ist offensichtlich. Eine Deckelung der Schülerzahlen durch die Verwaltung widerspricht dem Elternwillen nach freier Schulpwahl und verzerrt den Wettbewerb zwischen den schulischen Angeboten. Gerade das sehr erfolgreiche Ganztagschulkonzept der Realschule plus geriete durch einen Gebäudetausch in Gefahr.

„Wir solidarisieren uns mit den Kolleginnen und Kollegen der Realschule plus Bad Kreuznach“, konstatierte der gesamte Bezirksvorstand. Unverständ-



Bezirksvorstand Koblenz in direktem Kontakt mit Kollegen/-innen in Bad Kreuznach

lich ist vor allem die Hektik, mit der der Tausch vorangetrieben werden soll, ohne dass akut eine Raumnot für die IGS besteht.

Auf Landesebene führte der VDR dann unter der Leitung des Landesvorsitzenden Bernd Karst weitere Gespräche. So wurden u.a. Bildungsministerin Doris Ahnen, die schulpolitische

Sprecherin der CDU-Fraktion Bettina Dickes und der Kreuznacher Landrat Franz-Josef Diel mit der Sichtweise des VDR konfrontiert.



s. auch Resolution des Bezirksverbandes unter www.Realschule-vdr.de
→ Bezirke → Koblenz

VDR - PRESSEMITTEILUNG

Schulfrieden für Bad Kreuznach

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) sieht in einer möglichen Vertagung der Entscheidung über die endgültigen Schulstandorte die Chance, den Schulfrieden in Bad Kreuznach sicher zu stellen.

Der angebotene Kompromiss einer künftigen gymnasialen Oberstufe der IGS am Standort der Realschule plus an der Heidemauer eröffnet vielfältige Kooperationsmöglichkeiten zwischen IGS und Realschule plus. „Eine intensive Zusammenarbeit der beiden Kollegien vor Ort macht alle Schüler zum Gewinner“, so der VDR-Landesvorsitzende Bernd Karst (Bingen) und sein Stellvertreter Wilfried Rausch (Altenkirchen) in einem ausführlichen Gespräch mit Landrat Franz-Josef

Diel am heutigen Dienstag in der Kreisverwaltung.

Ein Umzug von der Ringstraße zur Heidemauer und umgekehrt bringe ohnehin keine finanziellen Vorteile für den verantwortlichen Schulträger, weil an beiden Schulstandorten Investitionen für gute und zeitgemäße Schulen erforderlich seien.

V.i.S.d.P.: Wolfgang Häring,
Pressereferent, 29.11.2011

3.500 Angehörige des öffentlichen Dienstes protestierten am 3. November 2011 gegen die Sparpolitik der Landesregierung

Anlässlich einer Anhörung vor dem Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages zum strittigen Regierungsentwurf eines „Ersten Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung“ kamen unter anderem Lehrkräfte, Polizisten, Finanz- und Kommunalbeamte, Pensionäre, aber auch Angestellte sowie Rentner des öffentlichen Dienstes auf dem Mainzer Deutschhausplatz zusammen, um gegen die rot-grünen Sparpläne zu protestieren. Organisatoren der Protestveranstaltung waren dbb und DGB.



Die Mainzer Sparfüchse finden auch bei einer gerupften Gans noch Federn

Deutliche Worte fand die dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz auf der Protestveranstaltung vor dem Mainzer Landtag und traf den Nerv der Anwesenden. Sie kritisierte die Rotstiftmentalität und die Rasenmähermethode der neuen Landesregierung:

„Wir bezweifeln, dass realer Einkommensverlust über fünf Jahre verfassungsgemäß ist. Die Antworten des Dienstherrn auf immer mehr Aufgaben und immer mehr Arbeit lauten: Personalabbau, Nachwuchsmangel, kein Geld für gerechte Bezahlung und kein Geld für Fortbildungen. Die Mainzer Sparfüchse finden auch bei einer gerupften Gans noch Federn. Damit muss jetzt Schluss sein! Sonst ist der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz verbraten“.



Sparmaßnahmen sind kein zukunftsfähiges Konzept

Der DGB-Landesvorsitzende Dietmar Muscheid bemängelte die geplanten „Sparorgien“ der neuen Landesregierung: „Wir haben vor der Schuldenbremse gewarnt, jetzt sollen als Erstes



die Beschäftigten die Folgen ausbaden. Stellenabbau und Deckelung der Besoldung sind kein zukunftsfähiges Konzept für den öffentlichen Dienst. Wer qualitativ hochwertige Leistungen von seinen Beschäftigten verlangt, muss sie auch entsprechend bezahlen“.



VDR bei Protestkundgebung in Mainz eindrucksvoll vertreten!

Weit über 150 VDR-Mitglieder – darunter der gesamte Landesvorstand – waren dem Protestaufruf des Deutschen Beamtenbundes (dbb) zu einer Kundgebung vor dem Mainzer Landtag gefolgt.



Sie protestierten lautstark gegen die geplanten Einsparungen bei den Beamten und Versorgungsempfängern. Gemeinsam mit anderen Beamten des öffentlichen Dienstes machten sie deutlich, dass sie nicht gewillt sind, die geplanten Sparmaßnahmen hinzunehmen.



Beeindruckendes Erlebnis der Solidarität

In den informellen Gesprächen am Rande der Protestveranstaltung zeigten sich unsere Mitglieder, die sich aus allen Landesteilen auf den Weg nach Mainz gemacht hatten, sehr beeindruckt von der Kundgebung. Ihnen war wichtig, zu zeigen, dass auch die Lehrerschaft mit der verfehlten Haushaltspolitik nicht einverstanden ist und mit einer starken Berufsvertretung in der Öffentlichkeit Gehör finden will.



„Ich wollte zeigen, dass wir nicht alles mit uns machen lassen!“ (H. W.)



„Ich war in Mainz dabei, weil nur eine starke Berufsvertretung in der Öffentlichkeit Gehör findet.“ (W. O.)



„Auch Lehrer müssen ihren Unmut äußern dürfen.“ (L. I.)

Auszug aus dem Katalog der Sparmaßnahmen zu Lasten der Beamten und Versorgungsempfänger in Rheinland-Pfalz von 1997 bis heute

- Verschiebung von Gehaltserhöhungen gegenüber dem Tarifpersonal (1997, 1999)
- Nullrunde ab der Besoldungsgruppe A 10 im Jahr 2000
- Erneute abgekoppelte und verzögerte Gehaltserhöhungen (drei bis sechs Monate) im Jahr 2003
- Einführung einer Versorgungsrücklage (ursprünglich von 1999 bis 2012, jährlich 0,2%)
- Absenkung des Versorgungsniveaus von 75% auf 71,75%
- Versorgungsabschlag bei Dienstunfähigkeit bis zu 10,8% des Versorgungsanspruchs
- Seit 2000 dreijähriger Bezug (vorher zweijährig) aus dem Amt zur Begründung der Ruhegehaltsfähigkeit der Bezüge
- Strukturelle Neukonzeption der Besoldungstabelle (1997) mit unterschiedlichem Stufenanstieg und der Konsequenz, dass die Endstufe sechs Jahre später erreicht wird
- Aussetzen der durch die Neukonzeption der Besoldungstabelle zielgerichtet angesparten Leistungsprämien (2003)
- Kürzung der Anwärterbezüge
- Einfrieren der jährlichen Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) auf den Stand von 1993
- Kürzung der Beihilfen stationär um 20% und ambulant um 5% seit Januar 1998
- Eigenanteil von 13 €/monatlich für Wahlleistungen im Beihilferecht 2003
- Einführung einer gestaffelten Kostenbeteiligung bei Beihilfen
- Abschaffung der Jubiläumszuwendungen 2003
- Kürzung des Weihnachtsgeldes 2003 auf 70%
- Kürzung des Weihnachtsgeldes 2004 auf 50%
- Wegfall des Urlaubsgeldes ab Besoldungsgruppe A 9
- Selbstbehalt bei Beihilfen im Krankheitsfall; Wahlleistungseigenbetrag
- Besoldungsnullrunde 2006
- Anpassung von Besoldung und Versorgung 2007 / 2008 um 0,5%
- Absenkung der Eingangssämter im gehobenen und höheren Dienst um eine Stufe in den ersten drei Berufsjahren

Von den über 40 bisherigen Sparmaßnahmen zu Lasten der Beamtenschaft ist die Lehrerschaft in insgesamt 27 Sparmaßnahmen eingebunden.



„Die Kundgebung in Mainz war ein beeindruckendes Erlebnis der Solidarität aller Vertreterinnen und Vertreter des rheinland-pfälzischen öffentlichen Dienstes.“ (E. S.)



„Ich hoffe, die Landesregierung und die Abgeordneten haben verstanden, dass wir nicht länger bereit sind, die Rolle des Sparschweins für eine verfehlte Haushaltspolitik zu übernehmen.“ (N. K.)



„Es war mir wichtig, in Mainz dabei zu sein, um zu zeigen, dass wir nicht alles mit uns machen lassen.“ (P. Q.)

Fotos: Wolfgang Wünschel



Martin Radigk
Ref.: Besoldungs-/Versorgungsrecht
Radigk.Martin@vdr-rip.de

Vorbereitungsdienst neu konzipiert Landesverordnung für die zweite Ausbildungsphase in Arbeit

Das Bildungsministerium hat im Herbst den Verbänden und Gewerkschaften den Entwurf einer neuen Landesverordnung über die Ausbildung und Zweiten Staatsprüfungen für das Lehramt an Grundschulen, an Realschulen plus, an Gymnasien, an berufsbildenden Schulen und an Förderschulen vorgelegt.

Die neue Landesverordnung soll zum 1. Februar in Kraft treten, da erstmals Absolventinnen und Absolventen aus dem Masterstudiengang für das Lehramt an Grundschulen in den Vorbereitungsdienst aufgenommen werden. Zum 1. Februar werden daher auch alle 'Studienseminare für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen' und alle 'Studienseminare für das Lehramt an Realschulen' in 'Studienseminare für das Lehramt an Grundschulen' und in 'Studienseminare für das Lehramt an Realschulen plus' umgewandelt.

Welche Änderungen beabsichtigt das Bildungsministerium umzusetzen?

- Für alle Lehrämter gibt es eine einheitliche Landesverordnung.
- Der Vorbereitungsdienst dauert in allen Lehrämtern 18 Monate.
- Der Ausbildungsunterricht beträgt in der Regel 12 Wochenstunden.
- Für das Lehramt an Grundschulen sollen in den ersten 6 Monaten 4 Wochenstunden und danach 9 Wochenstunden eigenverantwortlich Unterricht erteilt werden.
- Für die Lehrämter an Realschulen

plus, Gymnasien und Förderschulen sollen in den ersten 6 Monaten 4 Wochenstunden und danach 10 Wochenstunden eigenverantwortlich Unterricht erteilt werden.

- Die benoteten Lehrproben als Bestandteil der Ausbildung fallen weg.
- Anstelle der Lehrproben sollen mindestens drei Unterrichtsbesuche zur Begutachtung durch die Fachleitungen (z. T. unter Teilnahme von Mitgliedern der erweiterten Seminarleitung) durchgeführt werden.
- Ein Entwicklungsbericht soll die Ausbildung in Fortsetzung des Praktikumsbuches der ersten Ausbildungsphase dokumentieren.
- Die Hausarbeit als schriftliche Prüfung entfällt.
- Im Rahmen der mündlichen Prüfung soll eine Teilprüfung in einem der beiden Ausbildungsfächer eine Präsentation eines eigenen fachbezogenen Unterrichtsvorhabens auf der Basis einer eigenen unterrichtspraktischen Erprobung beinhalten.
- Eine neue Funktionsstelle, Fachleiter für Berufspraxis, wird geschaffen. In einer Übergangsbestimmung wird sichergestellt, dass die Studierenden

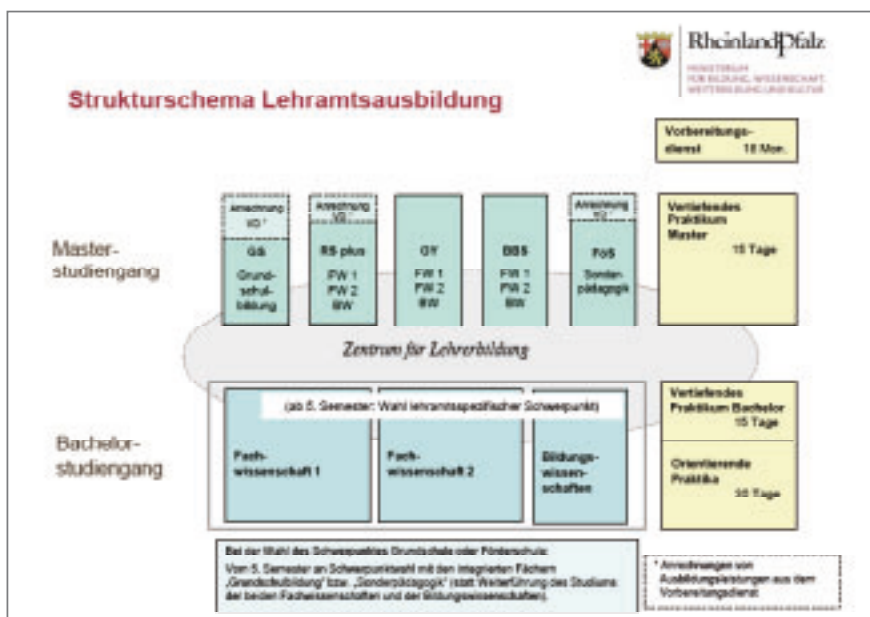
mit einer 'Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Realschulen' oder einer 'Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen' mit dem Schwerpunkt Hauptschule, d. s. die sogenannten „Altfälle“, in den neuen Vorbereitungsdienst eingestellt werden können.

Im Folgenden geben wir in Auszügen die Stellungnahme des VDR wieder:

Zweck des Vorbereitungsdienstes

Für den Abschluss des Masterstudienganges ist die Teilnahme am Vorbereitungsdienst zwingend. Im Rahmen des Vorbereitungsdienstes sind die fehlenden credit-points für den Abschluss des Masterstudienganges zu erwerben. Der Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Realschulen plus hat demnach die Bedürfnisse von zwei unterschiedlichen Interessengruppen zufrieden zu stellen, das sind einerseits die große Gruppe der Lehramtsanwärter, die den Masterstudiengang mit zweiter Staatsprüfung abschließen will, und eine voraussichtlich kleine Gruppe von Studierenden, die den Masterstudiengang ohne zweite Staatsprüfung beenden will bzw. muss. Für die letztgenannte Gruppe gibt es keine differenzierenden Ausbildungsregelungen. Hier sieht der VDR Handlungsbedarf.

Der VDR fordert weiterhin, für den 'Bachelor- und Masterstudiengang für das Lehramt an Realschulen plus' ein zehensemestriges Studium vorzusehen. Die besonderen pädagogischen Aufgaben der neuen Schulart, „individuell fördern – gemeinsam lernen“, „Anschluss gewinnen – Talente entwickeln“, „Vielfalt nutzen – Aufstieg ermöglichen“, „Ausdauer fordern – Perspektiven eröffnen“ und „Praxis erfahren – und Kompetenz steigern“, erfordern eine Erweiterung der Studieninhalte und -zeit. Damit können



auch in der ersten Ausbildungsphase die für den Bachelor- und Masterstudiengang notwendigen 300 Leistungspunkte erworben werden.

Einstellungsvoraussetzungen

Abweichungen für die Fächer Musik und Bildende Kunst sind ausschließlich für das Lehramt an Gymnasien vorgesehen. Diese Abweichungen fordern wir auch für die Realschulen plus, da wir ebenfalls an unseren Schulen einen längerfristigen Bedarf für diese Fächer sehen.

Leitung der Ausbildung, Ausbildungsfächer und Ausbildungsstätten

In der neuen Landesverordnung fehlt der Bezug zum Zertifikationsstudien-gang, der es Anwärtern ermöglicht, aus drei studierten Fächern zwei Fächer für den Vorbereitungsdienst auszuwählen.

Im Zusammenhang mit der Seminarleitung wird die Fachleitung für Berufspraxis als neue Funktionsstelle aufgeführt. Eine eindeutige Zuordnung der neuen Funktionsstelle wird in der LVO nicht vorgenommen.

Ausbildung in den Studienseminaren

Für lehramtsspezifische Besonderheiten

sind für das Lehramt an Realschulen plus 16 Arbeitseinheiten vorzusehen. Nähere Ausführungen wie z. B. für das berufspraktische Seminar und für die fachdidaktischen Seminare sind im Entwurf hierzu nicht enthalten. Nach unserem Verständnis müssen lehramtsspezifische Besonderheiten im berufspraktischen Seminar und in den fachdidaktischen Seminaren abgehandelt werden.

Ausbildung in den Schulen

Die vorgesehene Regelung, einen eigenverantwortlichen Unterricht schon im ersten Halbjahr von den Anwärtern zu fordern, lehnen wir ab.

In den vorgegebenen 12 Wochenstunden für den Ausbildungsunterricht bleibt kaum Zeit für Hospitationen oder Anleitungen für eigene Unterrichtsversuche mit Beratungen. Die Regelung des Ausbildungsunterrichts für das Lehramt an Realschulen hat sich bewährt und sollte daher beibehalten werden.

Die vorgesehene Erhöhung des eigenverantwortlichen Unterrichts verpflichtet die Schulen in stärkerem Maße als bisher notwendig, sich über die Entwicklung des Anwärters durch eine Unterrichtsmittschau zu informieren. Diese Informations- und Beratungspflicht führt zu Mehrbelastungen

in den Schulen, die durch die bisher gewährten Entlastungen nicht kompensiert werden können.

Die verbindlich vorgegebene Mindestzahl von drei Unterrichtsbesuchen zur Begutachtung pro Fach reicht für eine qualifizierte individuelle und kontinuierliche Entwicklungsberatung durch die Fachleiter nicht aus.

Entwicklungsbericht, Unterrichtsbesuch, Beratung

Die Rückmeldung über den Ausbildungsstand erfolgt seitens der Fachleiter durch „Unterrichtsbesuche zur Begutachtung“.

Für uns ist nicht erkennbar, wie die Begutachtung erfolgen soll. Bisher wurden durch „benotete“ Lehrproben konkrete und transparente Rückmeldungen zum Ausbildungsstand gegeben.

Wir fordern eine bewertungsorientierte Rückmeldung zu den Unterrichtsbesuchen.



Wilfried Rausch
Stv. Landesvorsitzender
Rausch.Wilfried@vdr-rlp.de

F.A.Z.-Bildungsnotizen

Eignung fürs Lehramt?

Ein neues Verfahren zur Feststellung der Eignung für den Lehrerberuf für den Bachelor und Master hat die TUM School of Education in München entwickelt. Finanziert wird es von der Deutschen Telekom Stiftung. Die Gespräche mit den Bewerbern sollen zeigen, ob künftige Lehrkräfte für naturwissenschaftliche Fächer an Gymnasien und beruflichen Schulen neben ihrer fachlichen Qualifikation auch über die notwendigen persönlichen und pädagogischen Grundlagen verfügen. Die Entscheidung für das Lehramtsstudium solle nicht als Notlösung, sondern aus pädagogischer Neigung

und fachlicher Eignung getroffen werden, heißt es in einer Mitteilung der TUM. Für die erste Stufe reichen die Bewerber einen Lebenslauf, Angaben zum Abiturzeugnis, ein Motivationsschreiben und eventuelle Nachweise über fachspezifische Zusatzqualifikationen ein. Etwa die Hälfte der Bewerber wird aufgrund ihres Notendurchschnitts sofort zugelassen. Alle anderen werden zu einem persönlichen Gespräch (20 Minuten) mit einem Hochschul-lehrer, einer Lehrkraft oder einem wissenschaftlichen Mitarbeiter und einem Fachschaftsvertreter gebeten. Geprüft werden die fachlichen Vo-

oraussetzungen, die Motive und die didaktisch-pädagogischen Vorerfahrungen etwa in der Jugendarbeit sowie die persönliche Belastbarkeit. Die Reaktion auf das Gespräch erfolgt mündlich und schriftlich. Im weiteren Studienverlauf werden mehrfach Beratungsgespräche über Fortschritte, Entwicklungen und Herausforderungen geführt, um die Studenten zielorientiert zu begleiten. Diese werden außerdem aufgefordert, ein Portfolio zu führen, in dem sie ihren Entwicklungsverlauf dokumentieren und reflektieren.

© F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main,
29.09.2011, Nr. 227, S. 8

Wirbel um Plagiatssoftware der Schulbuchverlage

Der geplante Einsatz der in der öffentlichen Diskussion als Schultrojaner bezeichneten Plagiatssoftware hat in den letzten Wochen für große Unruhe gesorgt. Lehrerverbände wie auch Gewerkschaften haben harsche Kritik daran geübt, dass die Bundesländer so weit gehende Verpflichtungen bei der Kontrolle der Umsetzung des neuen Gesamtvertrags zur Einräumung und Vergütung von Ansprüchen nach § 53 Urhebergesetz (UrhG) eingegangen sind. Den neuen Gesamtvertrag haben die Bundesländer zum 1. Januar 2011 abgeschlossen. Hiermit wurde ein Rechtsrahmen für das Kopieren in Schulen geschaffen.

Wie lauten die neuen Regeln?

Lehrkräfte dürfen künftig kopieren:

- bis zu 12% eines jeden Werkes, jedoch maximal 20 Seiten. Das gilt wirklich für alle Werke, d. h. auch für Schulbücher, Arbeitshefte, Sach- und Musikkbücher.
- ganze Werke von geringem Umfang (mit Ausnahme von Schulbüchern und sonstigen Unterrichtsmaterialien).

Vollständig kopiert werden dürfen:

- Musikeditionen mit maximal 6 Seiten,
- sonstige Druckwerke (außer Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien!) mit maximal 25 Seiten sowie
- alle Bilder, Fotos und sonstige Abbildungen.

Zitat

[Das Urheberrecht hat] weder Gegenstand noch Grund, weder Natur noch Schutz mit echtem Eigentum gemein. Max Lange (1832 – 1899)

Zu beachten sind die folgenden Einschränkungen:

- Es muss auf den Kopien stets die Quelle angegeben werden (Buchtitel, Verlag und Autor).
- Aus jedem Werk darf pro Schuljahr und Klasse nur höchstens in dem oben beschriebenen Umfang kopiert werden.
- Zulässig sind nur analoge Kopien. Die digitale Speicherung und ein digitales Verteilen von Kopien (z. B. per E-Mail) ist schon von Gesetzes wegen nicht gestattet und wird von der neuen vertraglichen Regelung ebenfalls nicht erfasst.
- Fotokopien für den Schulchor, das Schulorchester oder -bands usf. (außerhalb des Pflicht-, Wahlpflicht- oder Wahlunterrichts) fallen nicht unter die Regelungen dieses Vertrages. Wenn Kopien für diese Zwecke benötigt werden, muss beim Rechteinhaber (in der Regel der Verlag) die Erlaubnis hierzu eingeholt werden.

Wie soll die Umsetzung der neuen Regeln kontrolliert werden?

Mit Abschluss des Gesamtvertrages haben sich die Bundesländer verpflichtet,

- die Einhaltung regelmäßig zu überprüfen,
- die Rechteinhaber jährlich einmal über die Umsetzung zu informieren,
- durch Einsatz einer Plagiatssoftware, die von den Verlagen zur Verfügung gestellt wird, jährlich die Speichersysteme von mindestens 1% der Schulen überprüfen zu lassen.

Was soll die Plagiatssoftware überprüfen?

Die Plagiatssoftware soll nach den Angaben von vds Bildungsmedien Inhalte im Schulintranet mit Textbausteinen aus Schulbüchern vergleichen, genauso wie eine herkömmliche Plagiatssoftware einen eingegebenen Text gegen das Internet vergleicht. Dabei sollen nur die Daten erfasst werden, die im Rahmen des Intranets für andere Nutzer veröffentlicht wurden. Inhalte, die ein Nutzer in seinem eigenen geschützten Bereich abgelegt hat, sollen nicht überprüft werden.

Wer verteilt die Software und richtet sie in den Schulen ein?

Hierfür ist allein der Schulträger verantwortlich.

Was droht bei Verletzung der Regeln?

Die Länder haben sich verpflichtet, bei Bekanntwerden von Verstößen gegen die betreffenden staatlichen Schulleiter und Lehrkräfte disziplinarische Maßnahmen einzuleiten.

Das Bildungsministerium hat die



Foto: BLLV

Zitat

kein schriftsteller kann die künftigen erfolge und erträge seiner werke im voraus überschauen, noch hat er was von ihm eigentlich dem ganzen publicum hingegeben wurde, auf immerhin ins eigentum des ihm zur hand gegangnen buchhändlers gewiesen: das eigentum der welt ist das höhere und gröszere ansprüche fließen daraus her, als sogar die erben und nachkommen besitzen.

Jacob Grimm (1785 – 1863)

Hauptpersonalräte auf Grund der öffentlich geführten Diskussion über den Zweck des Einsatzes der Plagiatssoftware, in die sich auch die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger eingeschaltet hatte, eingehend über die Bedingungen und den Stand der Planungen unterrichtet. In einer Presseerklärung vom 7.11.2011 hat das Mainzer Bildungsministerium wichtige Inhalte der Unterrichtung wie folgt öffentlich gemacht:

- dass die in der öffentlichen Diskussion als „Schultrojaner“ bezeichnete Software, die eine unerlaubte Digitalisierung von Druckwerken aufspüren soll, noch gar nicht existiert,
- dass den Ländern auch noch keine spezifischen Details dazu vorliegen, wie diese angestrebte schärfere Kontrolle von Urheberrechtsverstößen in Schulen letztendlich erfolgen soll,
- dass zu der genauen Ausgestaltung der Überprüfung noch Kontakte zwischen dem in der Kultusministerkonferenz für Urheberrechtsfragen federführenden bayerischen Kultusministerium und dem vds Bildungsmedien ausstehen, und

- dass die Plagiatssoftware nach den Bestimmungen des Gesamtvertrags technisch und datenschutzrechtlich unbedenklich sein muss. Diese Unbedenklichkeit werde selbstverständlich von der Landesregierung überprüft und das Ergebnis werde dann gegebenenfalls Grundvoraussetzung für eine Verwendung.

Fazit

Der Realschullehrerverband nimmt zur Kenntnis, dass das Mainzer Bildungsministerium die Plagiatssoftware nur nach eingehender Prüfung zum Einsatz bringen will. Andererseits ist die Landesregierung durch den Gesamtvertrag Verpflichtungen eingegangen, die wir für sehr bedenklich halten. Es bleibt der Eindruck, dass die Länder mindestens bis 2014, so lange läuft der neue Gesamtvertrag, Chancen für eine durch moderne Medien wirksam unterstützte Verbesserung der Unterrichtsarbeit vergeben haben.

Die neuen Regeln lassen sich im Schulalltag nur mit großem Aufwand umsetzen. Sie erfordern von den Lehrkräften zusätzliche Verwaltungsarbeiten: Sie müssen nicht nur sorgfältig dokumentieren, wie viele Seiten sie aus welchen Lehrwerken für welche Klassen kopiert haben, sondern auch genau aufpassen, dass sie die vorgegebenen Seitenanzahlen nicht überschreiten.

Die Plagiatssoftware wird als die große Hilfe für die Lehrer ausgegeben, dass sie nicht unwissentlich gegen das Urheberrecht verstoßen. Die Bundesjustizministerin kommt zu einer ganz anderen Einschätzung, die der VDR teilt: Der geplante Einsatz zeige absolutes Misstrauen gegenüber den Lehrern.

Die Schulqualität wird u. a. daran gemessen, in wie weit es den Lehrern gelingt, Lerneinheiten im Unterricht zu individualisieren. Individualisiertes Unterrichten erfordert Lernmaterialien, die die Lehrer nicht alle selbst erstellen können. Sie sind auf die Medien der Schulbuchverlage angewiesen.

Auf Dauer werden die neuen Regelungen auch durch die geplanten Disziplinarverfahren die Lehrer eher abschrecken. Im Zweifelsfall werden sehr gute Unterrichts- bzw. Fördermaterialien nicht genutzt.

Der VDR fordert Landesregierung und Bildungsministerium auf, in der KMK auf eine Neuverhandlung des Gesamtvertrages zu drängen. Mit den Verlagen und Urheberrechtshabern muss ein neuer Rechtsrahmen ausgehandelt werden, der weitergehende Möglichkeiten der Nutzung von Unterrichtsmaterialien schafft und den Lehrern einen weit reichenden Schutz beim Einsatz dieser Materialien im Unterricht bietet.



Wilfried Rausch

Stv. Landesvorsitzender
Rausch.Wilfried@vdr-rlp.de

Zitat

Sokrates hatte das seltene Glück, in Plato einen ganz skrupellosen Dieb zu finden, der sein Handwerk von Grund aus verstand: ohne Plato wäre er unbekannt.

Egon Friedell (1878 – 1938)

Schulgemeinschaft unter Generalverdacht?



"Es ist inakzeptabel, dass die Schulgemeinschaft unter Generalverdacht gestellt wird und dass der Dienstherr mittelbar, wenn die Software eingesetzt wird, seine Beamten und Angestellten überwacht. Die Kultusministerkonferenz sollte das Projekt selbst wieder aufschnüren, damit Vernunft Einzug hält."

Leutheusser-Schnarrenberger am 08.11.2011 SPIEGEL ONLINE SCHULSPIEGEL



"Wir schaffen einen Rechtsrahmen, der das Urheberrecht der Verlage schützt und die Schulen gleichzeitig handlungsfähig macht."

Im Gespräch mit WDR.de (09.11.2011) weist die nordrhein-westfälische Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) die Kritik der Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) am so genannten Schultrojaner zurück.



"Ich gehe ganz fest davon aus, dass wir noch einmal in das Gespräch mit den Schulbuchverlagen eintreten werden, um uns über die Entwicklung der Software und deren Einsatz auszutauschen. Da muss man noch einmal alle Möglichkeiten ausloten."

Udo Michallik, neuer Generalsekretär der KMK, in taz.de (18.11.2011)

Inklusion

Eltern gründen "Pro Förderschule Rheinland-Pfalz" in Mainz

Das ist die Überschrift eines Artikels in der Mainzer AZ vom 08.06.2011. Darin wird, ausgehend von einem Gespräch mit einer der Initiatorinnen, Bianca von der Weiden, über die bevorstehende Vereinsgründung berichtet.

... „Wir wollen selbstverständlich, dass beeinträchtigte Kinder integriert werden. Es muss auch die Schwerpunktschulen geben. Aber wir brauchen auch weiterhin die Förderschulen, um individuell auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von unterschiedlich beeinträchtigten Kindern reagieren zu können“, sagt Bianca von der Weiden. Denn nur dort gebe es die angemessene Infrastruktur, um die beeinträchtigten Kinder „in ihren individuellen Stärken und Besonderheiten zu unterstützen“.

...Vor allem die Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen, auf die Kinder gehen, die aus den unterschiedlichsten Gründen Lernschwierigkeiten haben, seien von der Abschaffung bedroht. „Es gilt als politisch korrekt, dass man gerade diese Kinder in einer normalen Schulklasse integriert“, sagt von der Weiden. Dies sei aber unter den gegebenen Umständen kaum möglich: „Die Schwerpunktschulen sind weder von der Klassengröße noch von der Lehrerausstattung und der -ausbildung in der Lage, mit diesen schwierigen Kindern angemessen umzugehen. Wenn man das wollte, würde es richtig teuer werden.“

Der Verein fordert deshalb, auch die Schwerpunktschulen besser mit Lehrern auszustatten und die Klassen zu



Quelle: www.bildungsklick.de

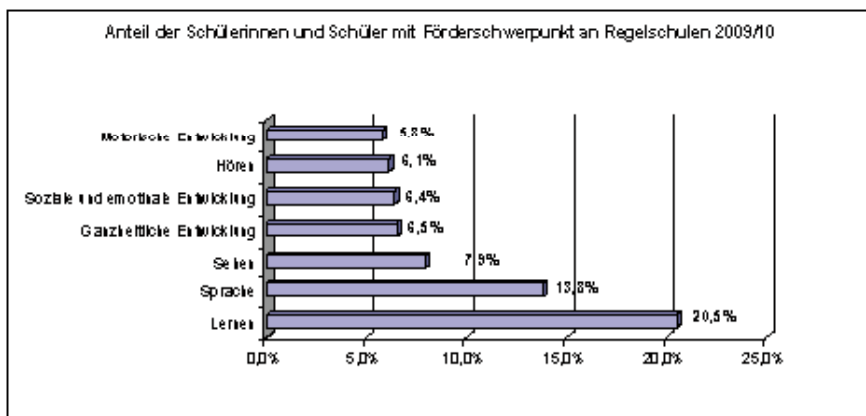
verkleinern. „Davon sind die Schwerpunktschulen in der Realität weit entfernt.“

Worum geht es?

Mit seiner Gründung hat der Verein eine Homepage eingerichtet: <http://pro-foerderschule.de/index.php/startseite.html>

Dort findet sich unter der Überschrift „Worum geht es“ folgende Darstellung: „Am 26. März 2009 trat das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen

mit Behinderungen auch in Deutschland in Kraft. Nachdem die rheinland-pfälzische Landesregierung als erstes Bundesland am 25. März 2010 einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention vorgelegt hat, ist ein reger Diskussionsprozess in Gang gekommen. Bildung als elementarer Bestandteil der Behindertenrechtskonvention gilt als Schlüssel zur Selbstbestimmung und aktiven Teilhabe. Der Aktionsplan gibt die Vision eines lebenslangen gemeinsamen Lernens aus: „Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen besuchen die gleichen Schulen wie nicht beeinträchtigte Kin-



Im Schuljahr 2009/10 besuchten 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem Förderbedarf eine allgemeinbildende Schule.

In den Regelschulen waren Schülerinnen und Schülern mit den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache am stärksten vertreten. Am seltensten wurden Kinder und Jugendliche mit einer körperlichen Beeinträchtigung an Regelschulen unterrichtet.

Quelle:

Statistik der allgemeinbildenden Schulen, hier: Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2009, Seite 31

der in der Gemeinde, nachdem sie zuvor gemeinsam in denselben Kindertagesstätten waren ...“ Als Maßnahme wird u. a. der kontinuierliche Ausbau der Schwerpunktschulen unter Einbeziehung aller Schularten genannt.

Die Akzeptanz von Anderssein und Verschiedenheit sowie der Umgang mit Vielfalt – das Einbeziehen aller Menschen in die Gemeinschaft – sind gesellschaftliche Verpflichtung und Aufgabe. Doch neben dem politischen Willen, das gemeinsame Lernen von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen, bedarf es personeller, sächlicher und räumlicher Grundlagen. Bei allen Maßnahmen, die Kinder mit Behinderungen betreffen, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der

vorrangig zu berücksichtigen ist (Art. 7 der UN-Konvention). Viele Schwerpunktschulen bieten derzeit keine adäquate Infrastruktur, um beeinträchtigte Kinder in ihren individuellen Stärken und Besonderheiten zu unterstützen – dafür viel zu große Klassen und sonderpädagogisch nicht ausreichend qualifiziertes Personal. Dagegen zeichnen sich vorhandene Förderschulen durch ihre spezifischen sonderpädagogischen Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote aus. Sie arbeiten mit Partnern aus Medizin, Sozial- oder Jugendhilfe eng und erfolgreich zusammen.

Die öffentliche Meinung gibt leider ein völlig verzerrtes Bild der Schulwirklichkeit wider.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Verein 'Pro Förderschule' gegründet,

bestehend aus Eltern beeinträchtigter Kinder und unterstützt von Fachleuten wie Ärzten und Therapeuten. Der Verein 'Pro Förderschule' will sich in die rheinland-pfälzische Bildungspolitik einbringen und mit einem konkreten Forderungskatalog, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, eine allzu einseitige Diskussion inhaltlich neu beleben.“

Der VDR empfiehlt allen Interessierten die Lektüre des Forderungskatalogs unter <http://pro-foerderschule.de/index.php/forderungskatalog.html>



Wolfgang Wünschel
Stv. Landesvorsitzender,
Wuenschel.Wolfgang@vdr-rlp.de

Kein Anspruch auf Aufnahme in die Kooperative Gesamtschule

Die Kooperative Gesamtschule (KGS) Kirchberg hat einen Antrag von sechs Schülern auf Aufnahme in die Orientierungsstufe (Schulklassen 5 und 6) für das Schuljahr 2011 in rechtmäßiger Weise abgelehnt. Dies ergibt sich aus einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Koblenz.

Die KGS Kirchberg ist ein organisatorischer Verbund eines Gymnasiums und einer Realschule plus, die dreizügig – drei Klassen pro Jahrgangsstufe – ausgestaltet sind. Für die Orientierungsstufe (Klassenstufen 5 und 6) hatten sich auf die 150 zur Verfügung stehenden Plätze (sechs Klassen, Schülermessenzahl: 25 Schüler je Klasse) 185 Kinder beworben. Im maßgeblichen Auswahlverfahren orientierte sich die KGS Kirchberg allein daran, ob für die Schüler zumutbare Alternativen bestehen. Die erfolglosen Bewerber erhielten Ablehnungsbescheide, in denen sie auf die Möglichkeit des Besuchs des Gymnasiums und der Realschule plus in Simmern verwiesen wurden. Die Widersprüche der Antragsteller gegen ihre Ablehnung hatten keinen Erfolg. Über die anschließenden Klagen ist noch nicht entschieden. Um gleichwohl zu errei-

chen, zum Schulbeginn im August die KGS Kirchberg besuchen zu können, beantragten sechs Schüler die Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes.

Der Antrag blieb ohne Erfolg. Die schulrechtlichen Regelungen, so das Gericht, räumten den Antragstellern keinen Anspruch auf Zugang zur KGS Kirchberg ein. Diese Schule habe nach den einschlägigen Verwaltungsvorschriften sowie den Vorgaben des Schulträgers und der Schulbehörden nur die Möglichkeit zur Einrichtung von sechs Klassen und der Aufnahme von 150 Schülern der Jahrgangsstufen 5 und 6. Die Klassenmessenzahl für schulartübergreifende Orientierungsstufen, deren Festlegung auf pädagogischen Überlegungen beruhe, betrage 25 Schüler und könne nicht ohne weiteres überschritten werden. Eltern könnten nicht die Einrichtung bestimmter Schulen oder Klassen ver-

langen. Vielmehr obliege dies dem Organisationsermessen der zuständigen Stellen, die Ort und Größe der jeweiligen Schulen festzulegen hätten. Das Auswahlverfahren verstoße nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz. Es sei nicht zu beanstanden, bei Kapazitätsengpässen die Auswahl der Schüler durch einen Vergleich der Schulwege zur gewünschten bzw. zu alternativ möglichen Schulen zu bewerkstelligen, um die Belastungen für alle Schüler gering zu halten. Eine solche Vorgehensweise sei sachgerecht. Gegen diese Entscheidung können die Beteiligten Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz einlegen.

Verwaltungsgericht Koblenz,
Beschluss vom 18. Juli 2011,
Aktenzeichen: 7 L 576/11.KO

VDR-Initiative: Gemeinsam gegen Unterrichtsstörungen und Disziplinlosigkeit

Die ständigen Diskussionen über neue Schulformen und -strukturen täuschen darüber hinweg, dass ein Hauptproblem der heutigen Schule unerzogene Kinder und Jugendliche sind. Verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler stören ohne Rücksicht auf lernwillige Klassenkameraden selbst den spannendsten Unterricht oder machen ihn mitunter völlig unmöglich.

"Wenn Lehrkräfte ständig gezwungen sind, Unterricht zu unterbrechen, um pädagogisch regulierend einzugreifen, verhindert dies erfolgreiches Lernen", so der VDR-Landesvorsitzende Bernd Karst in einer Pressemitteilung.

Der VDR fordert Eltern, Ministerium und Lehrkräfte zu einer gemeinsamen Erziehungsoffensive auf:

- Lehrkräfte sollen massive permanente Unterrichtsstörungen auch als solche benennen, besprechen und ahnden. Schülerinnen und Schüler müssen durch konsequentes Handeln erfahren, dass ihre eigenen Bedürfnisse und Wünsche in der Schule nicht zum Maß aller Dinge genommen werden können. Schon aus Selbstschutz gilt es für Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen eines pädagogischen Konzepts enge Grenzen festzuschreiben und klare Orientie-

rungen zu geben. Ein einheitliches Vorgehen könnte bei einem Studientag erarbeitet und in der Gesamtkonferenz unter Beteiligung von Eltern und Schülern festgeschrieben werden.

- Eltern können durch erzieherische Konsequenz zu Hause Verhaltensverbesserungen bewirken. Sie sollten ihren Kindern deutlich machen, dass Unterricht keine permanente Spaßveranstaltung sein kann. Die Freude über die eigene Leistung ist umso größer, mit je mehr Anstrengung sie erzielt worden ist. Der Stolz über selbständig erreichte Erfolge fördert das Selbstwertgefühl und die weitere Leistungsbereitschaft. Verhalten und Fehlverhalten im Unterricht sollte – ohne persönliche Schuldzuweisungen – verstärkt bei Elternabenden und Elternbeiratssitzungen thematisiert werden.



- Die Schulbehörde muss sich der Problematik stellen. Unterstützung kann z. B. geleistet werden durch Verstärkung der Schulsozialarbeit, Ausbau des schulpсихologischen Dienstes sowie zusätzliche Lehrerwochenstunden für Programme zur Gewaltprävention oder Konfliktbewältigung und zur Erziehungsberatung der Eltern. Bei Konfliktfällen erwarten die Pädagogen Rückendeckung durch die Schulaufsicht.

Die Mainzer Allgemeine Zeitung hat das Thema auf Anregung des VDR aufgegriffen und dadurch auch den Fokus der Öffentlichkeit auf das Problem gerichtet. (s. Seite 19) Es hilft wenig, die Zustände hinter den Klassenzimmertüren schamhaft zu verschweigen. Gemeinsam kann dafür gesorgt werden, dass Unterricht wieder störungsfrei durchführbar wird.



siehe auch
Pressemitteilung: www.realschule-vdr.de → Presse → Mehr Unterrichtserfolg durch konzertierte Erziehungsoffensive



Wolfgang Häring
Pressesprecher
Haering.Wolfgang@vdr-rlp.de

Hauptversammlung 26. April 2012

FRIDTJOF-NANSEN-AKADEMIE Ingelheim

„Reale Bildung ist unverzichtbar!“

Unter dieses Motto stellt der VDR-Landesverband Rheinland-Pfalz seine Hauptversammlung. Ministerin Doris Ahnen hat ihre Teilnahme für den Nachmittag zugesagt.

Die Hauptversammlung ist die Versammlung der Mitglieder unseres Landesverbandes, die laut Satzung einen neuen Geschäftsführenden Landesvorstand wählt und die allgemeinen Richtlinien der Verbandsarbeit festlegt.

Reaktionen auf VDR-Erziehungsoffensive

LEHRERVERBAND: Verhaltensauffällige Schüler torpedieren Unterricht / Klagen von Eltern und Lehrern / Schulaufsicht soll unterstützen

„Unerzogene Kinder sind Hauptproblem“

Mit bemerkenswerter Deutlichkeit geht der rheinland-pfälzische Landesverband Deutscher Realschullehrer (VDR) mit einem Thema an die Öffentlichkeit, das viele Eltern und Lehrer umtreibt: die Störung des Unterrichts durch verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler. Der VDR fordert deshalb eine gemeinsame „Erziehungsoffensive“ von Eltern, Mainzer Bildungsministerium und Lehrkräften.

2005 wurde in Deutschland erstmals öffentlich über das Problem diskutiert. Den Stein ins Rollen brachten publik gewordene Missstände in sogenannten sozialen Brennpunktschulen, wie der Rütli-Gemeinschaftsschule in Berlin. Auch das etwa zeitgleich erschienene Buch „Lob der Disziplin“ des langjährigen Schulleiters des Internats Salem, Bernhard Bueb sorgte für Diskussionsstoff. Danach aber wurde es wieder ruhiger um das Thema, zu sehr waren Bildungspolitiker und -verbände mit Vergleichstests, Schulstrukturereformen und Lehrermangel beschäftigt. Der rheinland-pfälzische Realschullehrerverband will den Fokus wieder umlenken und nennt „unerzogene Kinder und Jugendliche“ ein „Hauptproblem der heutigen Schulen“.

„Wir diskutieren immer über neue Schulstrukturen und -formen. Das täuscht über das Problem hinweg, dass verhaltensauffällige Schüler

ohne Rücksicht auf lernwillige Klassenkameraden den Unterricht stören oder ihn mitunter völlig unmöglich machen“, erklärt VDR-Sprecher Wolfgang Häring im Gespräch mit dieser Zeitung. Dies sei ein Problem in allen Schularten und nicht nur in sozialen Brennpunkten und werde sowohl von Lehrern als auch Eltern immer wieder thematisiert. Deshalb habe man sich entschlossen, das Thema nun offensiv anzugehen.

„Immer mehr Eltern, die sich intensiv um die Erziehung ihrer Kinder bemühen, wehren sich dagegen, dass die schulische Arbeit durch disziplinelose Schüler torpediert wird“, weiß VDR-Landesvorsitzender Bernd Karst, der die Rochus-Realschule plus in Bingen leitet.

Der Verband fordert bei Konfliktfällen nun mehr Rückendeckung durch die Schulaufsicht. „Es kann nicht sein, dass Lehrer und Schulen, die konsequent durchgreifen und mit Sankti-

onen reagieren, von dieser Seite im Stich gelassen werden“, kritisiert Häring.

Auch ein weiterer Ausbau der Schulsozialarbeit sei dringend notwendig. „Es ist in Rheinland-Pfalz zwar diesbezüglich schon viel passiert, aber das ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein!“, so Häring. Außerdem benötigen die Lehrer zusätzliche Lehrerwochenstunden für Programme zur Gewalt- und Konfliktbewältigung und für die Erziehungsberatung.

Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium sieht die Entwicklung hingegen auf einem guten Weg. So sei eine Koordinationsstelle für Elternarbeit eingerichtet worden und die Beteiligungsmöglichkeiten von Eltern und Schülern sollen in der neuen Schulgesetznovelle weiter gestärkt werden.

Quelle: Mainzer Allgemeine Zeitung vom 15.11.11 • Von Alexandra Eisen

Leserbriefe



... die Pressemitteilung trifft den Nagel auf den Kopf!!!

Sie spricht mir voll aus dem Herzen!!!

Gerade heute und gestern habe ich wieder so viele schlimme Situationen an unserer Schule erlebt, dass ich mich manchmal frage, wie das noch weitergehen soll??? Täglich beklagen sich Kollegen, dass sie mit all' ihren pädagogischen Fähigkeiten am Ende ihres Lateins sind. Sie geben sich die größte Mühe, kommen aber nicht weiter damit. Und wie Sie schreiben: man hat keinerlei Unterstützung. Die wenigen Fortbildungsangebote, die es dazu gibt, können die Kollegen oft nicht wahrnehmen, weil sie derart eng in die schulische Arbeit, in die festgezurrten Termine dort eingebunden sind, dass kein Freiraum mehr für externe Schulungen besteht. Wir nehmen unsere Arbeit doch alle sehr ernst und wollen den Kindern etwas beibringen. Mehr und mehr muss für Einzelne Erziehungsarbeit geleistet werden. Bei manchen Kindern fragt man sich, was in den ersten 10 Jahren an Sozialisation oder Erziehung stattgefunden hat. Ganz wichtig wäre auch, dass die Schule wieder mehr Konsequenzen an der Hand hätte. So ist das doch alles nur ein Kampf um verlorenen Boden! Viele werden krank davon oder resignieren.

Schöne Grüße

W. U. (Name ist der Redaktion bekannt)

Leserbriefe



Sehr geehrter Herr Karst,

mit Ihrer geforderten gemeinsamen Erziehungsoffensive sprechen Sie einen Konfliktpunkt des schulischen Alltags an, der meistens von gegenseitigen, unausgesprochenen Erwartungshaltungen geprägt ist und oft in Frustrationen und/oder Schuldzuweisungen endet, ohne dass sich für die Schüler etwas zum Guten ändert.

Schüler, die permanent den Unterricht „torpedieren“ können dies nur dann, wenn die Lehrkräfte nicht gelernt haben, mit diesen verhaltensauffälligen Schülern richtig umzugehen. Das Problem fängt oft schon in der Grundschule an, nicht erst in der weiterführenden Schule. Oft steht am Ende der Laufbahn eines solchen „Störenfrieds“ die Androhung eines Schulausschlusses, weil alle vorherigen pädagogischen Maßnahmen nicht die gewünschte korrigierende Wirkung auf das Verhalten des Schülers hatten. Schulausschluss ist aber wohl nicht die Lösung in diesen Fällen, sondern eher frühzeitigere, geeignetere und konsequentere Maßnahmen. Nur so kann sich ein Kind gesund entwickeln.

In vielen Klassenzimmern hängen z.B. gemeinsam erarbeitete Verhaltensregeln. Werden sie nicht konsequent befolgt, bildet diese Inkonsequenz nur den Nährboden für erneute Störungen, unter denen dann wieder alle Kinder der Klasse leiden. Eine mir häufig gestellte Frage von Eltern lautet: „Was können wir nur tun? In der Klasse unseres Kindes gibt es Mitschüler, die laufend den Unterricht stören. Die Lehrkraft unternimmt aber nichts.“

Geht man diesen Fällen nach und spricht mit den Beteiligten, dann erlebt man verunsicherte Lehrkräfte, die nicht wissen, wie weit und mit welchen Mitteln sie das Kind maßregeln sollen, Schulleitungen, die nicht wissen, wie sie den Lehrkraft-Eltern-Kind-Konflikt wirksam beilegen können oder Eltern, die entweder sagen: „was soll ich denn noch machen, das Kind hört einfach nicht“, oder andere Eltern, die der Schule mit dem Anwalt drohen.

„Störenfriede“ einer Klasse stören den Frieden, den jedes Kind braucht, um gut lernen zu können. Die störenden Kinder tragen meist einen inneren Konflikt mit sich herum, der ihren eigenen, inneren Frieden stört. Lehrkräfte, die sich die Zeit nehmen, mit den Schülern darüber zu sprechen, lassen das Kind erleben, dass jemand in eine verbindliche Beziehung treten will. Meist schnell benennt das Kind seinen inneren Konflikt. Ihn zu suchen und zu finden bedeutet deshalb für das Kind: ich werde akzeptiert, wie ich bin und meine Lehrkraft gibt mir die Zuneigung, die ich für meine Entwicklung brauche. Dadurch kommt beim Kind niemals das Gefühl auf: „ich gehöre hier nicht hin.“ Voraussetzung dazu ist aber, mehr Zeit für das Kind zu haben. Darum unterstütze ich Ihre Forderung nach mehr zusätzlichen Lehrerwochenstunden für diese wichtige Kernarbeit der Lehrkräfte, mehr Zeit für kollegiale Hospitationen und mehr fallbezogene Unterstützung durch professionelle Berater aus dem Bereich der Schulpsychologie und der Familienhilfe. Denn es gilt heute mehr denn je, nicht Fächer zu unterrichten, sondern Kinder.

Ich bin mit Ihnen der Ansicht, dass Unterricht in der heutigen Form keine permanente Spaßveranstaltung sein kann. In einer Atmosphäre der gegenseitigen Wertschätzung wird man jedoch beim Lernen viel Freude haben.

Mit den besten Grüßen
Ihr
Rudolf Merod, Landeselternsprecher



Rudolf Merod
Landeselternsprecher

Leserbriefe



... Ich freue mich, Ihren aktuellen Beitrag erhalten zu haben. Das trifft genau die ganze Problematik, wodurch man sich als Lehrkraft verausgaben muss. Ich hänge den Artikel gerne im Lehrerzimmer aus.

Einen schönen Abend und viele Grüße
B. P. (Name ist der Redaktion bekannt)

Buchtipp:

Herausforderung Lehrergesundheit

In unserem aktuellen Buchtipp stellt Frau Dr. Elisabeth Gläßer, Leiterin des Projekts ‚Lehrergesundheit‘, das neue Buch von Helmut Heyse vor.



Professor Helmut Heyse



Dr. Elisabeth Gläßer

Professor Helmut Heyse war bis zu seiner Ruhestandsversetzung Vorgänger von Frau Dr. Gläßer in der Leitung des Projekts ‚Lehrergesundheit‘. Buchautor Heyse ist Diplompsychologe und arbeitete bis 2001 als Referent für Schulpsychologie bei der Bezirksregierung Trier. Danach war er am Aufbau und an der Leitung des Projektes Lehrergesundheit in Rheinland-Pfalz beteiligt. Seit 1976 übt er zahlreiche Funktionen im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen aus, insbesondere in der Sektion Schulpsychologie. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst ist er weiterhin als Experte für den Bereich Lehrergesundheit aktiv.

Das Projekt Lehrergesundheit wurde im Jahre 2001 vom Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz an der ADD in Trier eingerichtet. Frau Dr. Gläßer, Diplompsychologin, Psychologische Psychotherapeutin ist Leiterin des Projekts Lehrergesundheit.

Das Projekt Lehrergesundheit soll Früh pensionierungen von Lehrern und Lehrerinnen vorbeugen und dazu präventive Maßnahmen und praktische pädagogische Hilfen entwickeln und die Attraktivität des praktischen Dienstes erhöhen.

Auf den Buchtipp in dieser Aufgabe von RBiRP folgt im nächsten Heft ein Interview mit Professor Heyse.

Die Handreichungen „Herausforderung Lehrergesundheit“ von H. Heyse sind ein Ertrag seiner langjährigen schulpsychologischen Tätigkeit und seiner Arbeit im Projekt Lehrergesundheit Rheinland-Pfalz.

Basierend auf der Darstellung eines Modells, das den besonderen Stellenwert der psychischen Gesundheit im Lehrerberuf verdeutlicht, werden im ersten Kapitel Ansatzpunkte und Zielrichtungen schulischer Gesundheitsförderung aufgezeigt. Kapitel 2 regt an, mit vielfältigen Arbeitshilfen (z. B. Fragebogen, Tagebuch, die benutzerfreundlich als Download-Materialien angeboten werden) eine persönliche Bestandsaufnahme der eigenen gesundheitsbezogenen schulischen Belastungen und Ressourcen vorzunehmen. Wenn aus dieser Analyse Ziele für ein verändertes Gesundheitshandeln resultieren, kann mit Kapitel 3 konkret an der nachhaltigen Änderung eigener Verhaltensweisen und Gewohnheiten gearbeitet werden. Da die Lehrergesundheit auch wesentlich von den Arbeitsbedingungen innerhalb der einzelnen Schulen und den Rahmenbedingungen des Schulsystems beeinflusst wird, gibt Kapitel 4 Anregungen für Möglichkeiten kollegi-

aler Gesundheitsförderung. Im abschließenden 5. Kapitel werden ausgewählte Methoden für die Entwicklungsarbeit im Kollegium vorgestellt. Zahlreiche Zitate, die zu Veränderungen motivieren sollen, werden dem Leser mit auf den Weg gegeben, sprechen persönlich an.

Ob Lehrkräfte gesund und kompetent in ihrem Beruf arbeiten können, wird von ihren persönlichen Gegebenheiten entscheidend mit geprägt. Besonderes Augenmerk legt der Autor daher quantitativ (es ist das umfangreichste Kapitel) und qualitativ (methodisch und thematisch werden variable Zugänge zur eigenen Gesundheitsbilanz ermöglicht) auf eine gründliche, umsetzbare Analyse als Voraussetzung für eine aktive Gesundheitsförderung der Lehrkräfte. Da die Veränderung von Einstellungen und Gewohnheiten erfahrungsgemäß mühsam ist, unterbreitet der Autor Vorschläge, wie die Umlernprozesse unterstützt werden können, z. B. Formulierung handlungswirksamer Ziele, Aktivierung von Ressourcen zur Zielrealisierung, soziale Unterstützung. Wünschenswert wäre es, ausgewählte ermutigende Beispiele lesen zu können, dass solch eine Selbstbefähigung zu gesundheitsförderlichem

Verhalten trotz der aufgezeigten Hindernisse gelingen kann. Der Autor hat wichtige schulische und lehrerbezogene Ansatzpunkte für die Reduktion bzw. Beseitigung psychischer Belastungen der Lehrkräfte ausgewählt.

Um seine (psychischen) Gesundheitsbedürfnisse als Lehrkraft zu stärken, bedarf es eigener Aktivitäten. Durch die in dem Buch zusammengestellten praxisnahen Hilfestellungen für den Schulalltag liegt eine umsetzbare Unterstützung für die Realisierung gesundheitsförderlicher Verhaltensweisen vor.

Dr. Elisabeth Gläßer



Helmut Heyse:
Herausforderung
Lehrergesundheit

Handreichungen zur individuellen und schulischen Gesundheitsförderung

16 x 23 cm, 144 Seiten, 2-farbig,
inkl. Downloadmaterial
Kallmeyer in Verbindung mit Klett,
Friedrich Verlag GmbH, 2011 ISBN 978-3-
7800-1092-6, € 19,95

11. Südwestdeutscher Realschulkongress: Individualität braucht Differenzierung

Im Abstand von drei Jahren veranstalten die VDR-Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland einen gemeinsamen Kongress. Den 11. Südwestdeutschen Realschulkongress organisierte in diesem Jahr der VDR Saarland in Homburg. Er stand unter dem Zeichen beachtlicher Veränderungen der politischen Landschaft: Jamaika-Koalition an der Saar, Grün-Rot in Baden-Württemberg und Rot-Grün in Rheinland-Pfalz.

Angesichts sich verändernder Schulstrukturen in den Ländern hat der Kongress den Stellenwert der erfolgreichen Realen Bildung herausgestellt, wie sie bisher in den klassischen Realschulen vermittelt wurde. Auch in neuen Schulformen kann auf das Leistungsprinzip und auf Differenzierung nicht verzichtet werden, denn Wirtschaft und Gesellschaft sind mehr denn je auf qualifizierte Kräfte angewiesen.



Delegierte aus Rheinland-Pfalz



Josef Kraus,
Präsident des
Deutschen Lehrerverbandes (DL)

Unter dem Kongressmotto „Individualität braucht Differenzierung“ war das Grundsatzreferat von Josef Kraus ein leidenschaftliches Plädoyer gegen Einheitsschule und „Gefälligkeitspädagogik“. Der DL-Präsident zeigte auf, dass ideologisch bedingte Denkfehler nicht selten die Bildungspolitik bestimmen. „Es wird Zeit, diese Verirrungen zu stoppen. Unsere Schulen brauchen eine Rückbesinnung auf Förderung durch Differenzierung, auf Leistungs- und Begabungsgerechtigkeit sowie auf inhaltliche Verlässlichkeit.“

In sog. Tischgesprächen diskutierten die Delegierten folgende Bereiche:

- **Äußere Fachleistungsdifferenzierung als Beitrag zur individuellen Förderung (Ltg. Jürgen Böhm und Udo Kaiser)**
Die Unterschiedlichkeiten in der Entwicklung und die Vielfalt der Talente machen gerade das Individuum aus. Um individuelle Lebensentwürfe zuzulassen, muss es das Ziel sein, die schulische Förderung in möglichst kleinen und homogenen Lerngruppen zu organisieren. Hier kann ein angemessenes Anforderungsniveau aufrechterhalten und so der Lernerfolg gesichert werden.
- **Soziales Engagement als themenorientiertes Schulprojekt**

(Ltg. Beate Müller und Andreas Kuhn)

Zum Regelangebot an baden-württembergischen Realschulen gehören vier themenorientierte Projekte (TOP) als wesentliche Bestandteile ihres Profils. Eins dieser Projekte heißt „Soziales Engagement“. Durch fächerübergreifende Praktika und nachhaltige Kooperationen mit sozialen Einrichtungen werden soziale Kompetenzen gestärkt und berufliche Orientierung gegeben.

• **Heterogenität in den Klassen**

(Ltg. Timo Lichtenthäler, Michael Eich und Peter Quint)

Durch Globalisierung und gesellschaftlichen Wandel hat die Heterogenität der Schülerschaft zugenommen. Die größere Interessenpluralität setzt die Schulen mit tradierten Arbeits- und Rahmenbedingungen unter Erwartungs- und Veränderungsdruck. Durch die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen haben sich die Herausforderungen an die Lehrkräfte erneut verschärft. Die

daraus resultierende Orientierungslosigkeit mündet häufig in Resignation oder blinden Aktionismus. Neue „Konzepte“ müssen stets auf Praxistauglichkeit überprüft werden.

Die Delegierten des Südwestdeutschen Realschulkongresses verabschiedeten als Ergebnis ihrer Tagung die Homburger Erklärung. Zur Absicherung der Qualität der Realen Bildung werden dort u.a. Abschlussprüfungen gefordert, die in Rheinland-Pfalz als einzigem Bundesland noch immer fehlen.



HOMBURGER ERKLÄRUNG siehe: www.Realschule-vdr.de → Presse → Homburger Erklärung



Wolfgang Häring
Pressesprecher
Haering.Wolfgang@vdr-rlp.de



Wolfgang Wünschel
Stv. Landesvorsitzender,
Wuenschel.Wolfgang@vdr-rlp.de



Unter rheinland-pfälzischer Leitung: Tischgespräch „Heterogenität“

VDR Bezirksvorstand Trier im Gespräch Meinungsaustausch mit den Referenten des Realschule-plus-Referats

Im Herbst trafen sich Ltd. Regierungsschuldirektor Sigurd Hein und Frau Regierungsschuldirektorin Antje Petri-Burger mit den Mitgliedern des Bezirksvorstands Trier – Hanns Peters, Erwin Schneider, Katharina Becker und Holger Schwab –, um aktuelle Fragen zu erörtern. Dazu gehörten vor allen Dingen die Unsicherheit der Lehrkräfte mit Vertretungsverträgen, die Errichtung von Fachoberschulen im Schulaufsichtsbezirk Trier, die Schwierigkeiten von Schulen bei der Fusion und die Unterrichtsversorgung im Bezirk.

Unter den Vertretungslehrkräften herrscht eine tiefe Verunsicherung, da durch die Befristung der Verträge bis zum 31.01.2012 niemand weiß, wie es danach weitergehen wird. Herr Hein verwies auf die Haushaltszwänge und erklärte, dass eine Verlängerung über das Ende des ersten Halbjahres hinaus zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich gewesen sei. Er machte aber auch deutlich, dass man von Seiten der ADD bestrebt sei, die seit mehreren Jahren in Vertretungsverträgen beschäftigten Lehrkräfte möglichst bald mit Planstellen zu versorgen.

Dass im Trierer Kernraum auch im kommenden Schuljahr noch keine Fachoberschule errichtet werden konnte, sieht der gesamte Bezirksvorstand als einen entscheidenden Nachteil für diesen Teil der Region. Hinzu kommt,

dass einige umliegende Kreise in ihren Schulentwicklungsplänen ebenfalls keine Fachoberschulstandorte vorsehen. Deshalb ist es nach Meinung des Bezirksvorstandes wichtig, frühzeitig die Weichen für die Errichtung einer Fachoberschule zu stellen. Herr Hein und Frau Petri-Burger erklären sich bereit, mit ihrem Referat Bewerbungen im Vorfeld zu unterstützen.

Bei der Fusion zweier Schulen gilt es nicht nur, die Kollegien zusammenzuführen, sondern auch die jeweiligen Schulkulturen zu harmonisieren. Dabei kommt den Schulleitungen und den Personalräten eine besondere Verantwortung zu, der durch eine zeitliche Entlastung Rechnung zu tragen ist. Die vom Referat angestrebte Vernetzung der Schulen sieht der Bezirksvorstand positiv, denn sie könnte zu einem inten-

siveren Austausch der Schulen führen und damit Entlastung für den Einzelnen schaffen. Aber auch hier müssen Aufwand und Ergebnis in einer sinnvollen Relation stehen.

Im Regierungsbezirk Trier zeigte sich der demographische Rückgang an den Schulen schon früher als in anderen Bezirken. Doch trotz aller Widrigkeiten und Probleme in der regionalen Versorgung strebt das Referat eine zufriedenstellende Unterrichtsversorgung an. Der Bezirksvorstand erkennt die Bemühungen durchaus an, sieht aber trotzdem weiteren Handlungsbedarf.



Hanns Peters
Bezirksvorsitzender Trier
Peters.Hanns@vdr-rlp.de

Fachdidaktik Französisch Sekundarstufe I

Das fachdidaktische Werk wendet sich an Studierende, Lehramtskandidaten und Referendare der Romanistik sowie an interessierte Lehrkräfte und Institute der Fort- und Weiterbildung. Es behandelt neuro-, sprachwissenschaftliche, kognitions- und intuitionspsychologische Forschungsergebnisse der letzten Jahre vor dem Hintergrund des Französischlehrens und -lernens in der EU. Es stellt Vorgänge und Strukturen des Französischunterrichts in der Folge der integrierenden und differenzierenden Sequenzen des unterrichtlichen Geschehens dar. Unterrichtsmodelle und kon-

krete Unterrichtsbeispiele verdeutlichen dieses sukzessiv und progressiv sich gestaltende und verzahnende didaktische Geschehen, das darauf abzielt, die Französisch lernenden Schüler/innen zu selbständigem kommunikativem, kreativem Sprachhandeln zu führen. Alle Lehr- und Lernbereiche werden zitiert, wie z. B. interkulturelle Lerninhalte, Wortschatz- und Grammatikkompetenz, Stationenlernen. Ebenso wird dargestellt der Einsatz moderner Medien, Internetprojekte sowie Chancen und Möglichkeiten transnationaler Schülerbegegnungen.



Hardcover 351 Seiten • Preis: €26,00 oder Paperback zu €18,60
ISBN 978-1-4477-8384-8 • www.lulu.com • reinhold.lukas@gmx.de

Bezirksversammlung in Koblenz Strategien zur Selbstunterstützung ermöglichen Souveränität im Schullalltag

Heike Frank referierte auf der Bezirksversammlung am 17. November über Strategien zum Erhalt der Lehrergesundheit. Heike Frank ist Gestalttherapeutin, Coach, Lehrerin und Autorin des gleichnamigen Buches*.

Zu Beginn der Versammlung legte der **Vorsitzende des Bezirks Koblenz, Timo Lichtenthäler**, den Rechenschaftsbericht des vergangenen Jahres dar.



Bernd Karst, VDR-Landesvorsitzender

In seinem Grußwort ging der **Landesvorsitzende Bernd Karst** kurz auf die momentane Schulentwicklung an den Realschulen plus ein. Er kritisierte, dass die Klassenmesszahl ab der Klassenstufe 7 immer noch nicht herabgesetzt sei. Die Erfahrungen nach zwei

Jahren Realschule plus machten deutlich, dass beim Übergang von der 6. in die 7. Klassenstufe dringender Handlungsbedarf bestünde. Die FOS bildete als „Abiturvariante im beruflichen Kontext“ eine interessante Perspektive. Bei der Umsetzung 'Inklusion' müsse gewährleistet sein, dass den Schulen ein professionelles Unterstützungssystem geboten würde. Der VDR fordere auf Grund der gestiegenen Anforderungen am Arbeitsplatz Schule „eine stärkere Wertschätzung der Realschule und ihrer Lehrer“.

Heike Franke griff in der Einleitung ihres Vortrags „Lehrer am Limit – mehr Gelassenheit und Stabilität im Hamsterrad Schule“ die VDR-Forderung auf.

Als dominierendes Problem des Schullalltags benannte Frau Frank den Faktor Zeit, dem eine scheinbar grenzenlose Aufgabenfülle gegenüberstünde. Jedes Ungleichgewicht führe bei vielen Leh-



* siehe: Interviews mit Heike Frank VDR-Hefte 3/2011, 4/2011

rerinnen und Lehrern zu einem Gefühl des Ausgeliefertseins, zum Selbstzweifel und zu gravierenden Gesundheitsproblemen.

Folgende Strategien stellte Frau Frank in ihrem Vortrag ausführlich vor:

1. Entwickeln und Ausbau von Interessen für die Lebenswelt der Kinder.
2. Reflektion über das eigene Verhalten, um eigene Grenzen zu setzen.
3. Nein-Sagen, um die eigene Autonomie zu stärken.

Leserbriefe

Guten Tag, Herr Lichtenthäler,

die Bezirksversammlung am gestrigen Nachmittag hat mich beeindruckt; nicht nur der Vortrag von Frau Frank, sondern auch der Rahmen, den Sie geschaffen ... haben. Verschiedene Wortmeldungen haben mich zunächst irritiert, mir dann aber bewusst gemacht, dass viele engagierte Lehrerinnen und Lehrer an Hauptschulen sich schon lange auf den Weg gemacht haben, mit heterogenen Gruppen zu leben. Dies sage ich aus der Sicht einer ehemaligen Hauptschullehrerin, die es sehr bedauert, dass es uns nicht gelungen ist, die Stärken der Hauptschule im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern.

Ich habe die Hoffnung, dass es in der Zusammenarbeit mit den Kollegien der Realschulen nun besser gelingt, Heterogenität in Schule zu leben, nicht nur zu akzeptieren, sondern ihre positiven Aspekte zu sehen und zu nutzen. Frau Frank hat gangbare, wertvolle Schritte aufgezeigt, die auf diesen Weg führen und ihn gangbar machen. Lehrerinnen und Lehrer brauchen dabei auch die Unterstützung von Verbänden. Ganz besonders diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die ihre Ausbildung an Studienseminaren hinter sich haben, hochmotiviert in den Berufsalltag eintauchen und nun den „langen Atem“ auf der Langstrecke beweisen müssen.

Mit großer Freude habe ich eine Kollegin und einen Kollegen aus dem Studienseminar RS Koblenz in der Runde angetroffen...

Ich bedanke mich bei Ihnen für die freundliche Einladung und grüße Sie
Ursula Ackermann

4. Bewusstmachen der eigenen Berufshaltung, die allzu häufig negativ geprägt ist.
5. Einordnen der eigenen Berufshaltung in eine defizitorientierte, kräftezehrende Einstellung oder in eine ressourcenorientierte, stärkende Einstellung.
6. Erfahren von Wertschätzung und Würdigung durch Kollegen, Schüler und nicht zuletzt durch sich selbst, um ein gesundes Selbstwert-Gefühl zu erreichen.
7. Wahrnehmen eigener Bedürfnisse führt zu Selbstberuhigung und Stärkung.
8. Aufbau und Ausbau privater Ressourcen wie Hobbys und soziale Netzwerke zum Abschalten, Entspannen und Auftanken.
9. Wir statt ich! Die Zusammenarbeit im Kollegium führt zu einer entspannten emotionalen Atmosphäre am Arbeitsplatz Schule. Eine einheitliche pädagogische Haltung



Heike Frank: Strategien für gesundes Selbstwert-Gefühl am Arbeitsplatz Schule

gewährt Schülern eine klare Orientierung und Transparenz und gibt Kollegen Rückhalt und Kraft.
10. Hilfe und Unterstützung bei Problemen und Situationen, mit denen man alleine nicht zu Recht kommt, bieten Supervision und kollegiale Fallberatung.
Zum Abschluss der Bezirksversamm-

lung wurde einstimmig eine Resolution für die Realschule plus Bad Kreuznach verabschiedet, die eine standortsichere Lösung zum Inhalt hatte.



Nicole Weiß-Urbach
Bezirksvorstand Koblenz
Weiss-Urbach.Nicole@vdr-rlp.de

BUGA 2011 in Koblenz - wir waren da!

Ende August hatte der Bezirksvorstand Koblenz zum Pensionärs- und Delegiertentreffen eingeladen: Ziel war die Bundesgartenschau in Koblenz. Ein schöner Tag erwartete die Teilnehmer und Teilnehmerinnen.

Am Haupteingang auf der Festung Ehrenbreitstein begrüßte die Pensionärsbetreuerin Margit Lenarz im Namen des Bezirksvorstands die Anwesenden und übergab gleich das Wort an Regina Tilch, die sich bereit erklärt hatte, die VDR-Mitglieder zu führen und die interessantesten Orte der Ausstellung zu zeigen.

Am Abend trafen sich alle in einem rustikalen Weinlokal, wo dann dieser schöne Tag abgeschlossen wurde. Timo Lichtenthäler nutzte die Gelegenheit, sich in einer kurzen Ansprache bei den Pensionären zu bedanken, dass das Interesse an der Arbeit des Verbandes weiterhin bestehe und in den anschließenden Gesprächen war das Interesse groß, was die aktuelle Schulsituation betrifft.



Margit Lenarz
Pensionärsbetreuerin
Lenarz.Margit@vdr-rlp.de



Pensionärs- und Delegiertentreffen auf der Bundesgartenschau in Koblenz

Personalrätefortbildung VDR Bezirksverband Neustadt Wächteramt, Beteiligungsrechte, Dienstrecht und Medienrecht

Der VDR Bezirk Neustadt war dieses Mal mit 53 Mitgliedern Örtlicher Personalräte aus ca. 30 Schulen zu Gast im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen.



VDR-Referent Martin Radigk

Mit dienst- und beamtenrechtlichen Fragen anhand von Fallbeispielen regte **VDR-Referent Martin Radigk** die Teilnehmer zu aktiver Rechtsfindung anhand der zur Verfügung stehenden Gesetze und Vorschriften an, und es wurden Lösungen zu Fragestellungen erarbeitet – beispielsweise bei Vorteilsnahme im Amt, Erkrankungen / Dienstunfähigkeit, Pflicht zur Verschwiegenheit, Werbung für Parteien

und Gewerkschaften am Arbeitsplatz. Auch Örtliche Personalräte stehen vor der Aufgabe, Einzelfallbewertungen vorzunehmen und vor Ort zur Rechtsfindung beizutragen.

Der Blick in das LPersVG fiel auf den Paragraphen 68 des Landespersonalvertretungsgesetzes (Behandlung der Dienststellenangehörigen). Er konstituiert das Wächteramt und damit einen der Hauptgrundsätze des Personalvertretungsrechts und setzt Maßstäbe für die Ausübung der Beteiligungsrechte des Personalrats. Personalrat und Dienststelle haben darüber zu wachen, dass alle Angehörigen der Dienststelle nach Recht und Billigkeit behandelt werden, außerdem setzt sich der Personalrat für die Vereinigungsfreiheit der Angehörigen der Dienststelle ein.

Neuerungen hinsichtlich der Vertretungsregelungen im Projekt Erweitertes Selbstständigkeit von Schulen (PES) und deren Auswirkungen auf die Arbeit der Örtlichen Personalvertretungen trug **VDR-Referent Michael**



VDR-Referent Michael Eich

Eich vor und beantwortete zahlreiche Fragen der Teilnehmer. Seine Hinweise zum Umgang mit dem Gliederungsplan trafen auf reges Interesse.

Rechtsanwältin Frau Antonia Dufeu aus Mainz zeigte nach der Mittagspause anhand von Fallbeispielen aus der Schul- und Unterrichtspraxis den Personalräten die neuen Herausforderungen bei der Ausübung der Aufsichtspflicht und sensibilisierte für die Untiefen des Persönlichkeits- und des Urheberrechts. Schülerinnen und Schüler dürfen auf ihren Handys keine gewaltverherrlichenden und jugendgefährdenden Inhalte speichern und betrachten, volljährige Schüler dürfen jüngeren Schülern diese Inhalte nicht zugänglich machen. Ein Lehrer, der die Betrachtung von jugendgefährdeten Materialien sowie deren Weitergabe an Minderjährige beobachtet oder auf andere Weise von deren Umlauf Kenntnis erhält, muss einschreiten und das Handy einbehalten, da sonst eine Verletzung der Aufsichtspflicht vorliegen könnte.



Die zahllosen Fragen der Teilnehmer bewiesen die Aktualität und Brisanz der Thematik.



Martin Radigk
Ref.: Besoldungs-/Versorgungsrecht
Radigk.Martin@vdr-rlp.de

VDR Bezirksverbände Trier und Koblenz Personalräte-Fortbildung mit Schwerpunkt Medienrecht

Einer schönen Tradition folgend fand wiederum die gemeinsam von den Bezirksverbänden Trier und Koblenz veranstaltete ÖPR-Schulung in Treis-Karden statt.

Das zentrale Thema war dieses Mal „Medien und Medienrecht als neue Herausforderung für örtliche Personalräte“. Frau Rechtsanwältin Dufeu erläuterte die Rechtslage anhand von schulischen Fallbeispielen wie Verletzungen des Persönlichkeitsrechts im Internet, Handynutzung oder Urheberrecht. Ihre sachkundige und engagierte Darstellung orientierte sich an der schulischen Praxis und lieferte dadurch sehr konkrete Informationen.



Antonia Dufeu, RA'in für Medienrecht beim VDR: Persönlichkeitsrechte schützen!

Weitere Themen waren die Beteiligung des Personalrats bei der Stundenplanerstellung sowie beim Gliederungsplan.

Und auch am Nachmittag ging der Bezug zur Praxis nicht verloren: es wurden dienstrechtliche Fragen anhand von ausgewählten Beispielen erläutert. Die daran anschließenden Informationen zu aktuellen rechtlichen Neuerungen rundeten die Veranstaltung ab.



Die Resonanz aller Teilnehmer war sehr positiv. Sie bestärkt uns darin, die Zusammenarbeit zwischen den Be-

zirken Trier und Koblenz bei den Personalräteschulungen auch in Zukunft fortzuführen.



Hanns Peters
Bezirksvorsitzender Trier
Peters.Hanns@vdr-rlp.de

Soziale Netzwerke:

Schutz und Kompetenzvermittlung

Ministerpräsident Kurt Beck und der Landesbeauftragte für Datenschutz, Edgar Wagner, treffen sich regelmäßig zu einem Gedankenaustausch über aktuelle Fragen des Datenschutzes. Bei ihrem September-Gespräch standen die sozialen Netzwerke im Mittelpunkt: „Wir dürfen Kinder und Jugendliche im Netz nicht alleine lassen.“

- Mehr als 30 Millionen Deutsche sind mittlerweile Mitglied in einem sozialen Netzwerk und geben oft

sorglos persönliche Daten und Fotos preis. Immer mehr Kinder und Jugendliche sind betroffen, denen die Gefahren des Internets gar nicht bewusst sind. „Hier ist der Gesetzgeber gefragt, um die Minderjährigen im Internetzeitalter besonders zu schützen“, so Beck und Wagner.

- Der Datenschutzbeauftragte engagiert sich seit Oktober 2010 aktiv in der Medienkompetenzvermittlung: Im Angebot sind Schülerworkshops zum Thema „Datenverantwortung

und Datenschutz“ für die Klassenstufen 6 bis 9.

- Mit Blick auf das aktuelle Thema „Facebook“ bat Ministerpräsident Beck den Landesdatenschutzbeauftragten, die Klärung der offenen Fragen zur Nutzbarkeit sozialer Netzwerke für Behörden und Unternehmen in Abstimmung mit den Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern weiter voranzutreiben.

Quelle:
Newsletter Staatskanzlei, 02.09.2011

VDR Bezirksversammlung Trier

Was ist in der digitalen Welt erlaubt?

„Rechtliche Grauzone Schule – Was ist in einer digitalen Welt erlaubt?“ so lautete der Titel des zentralen Themas des Nachmittags. Eine immer stärker technisierte vernetzte Welt, die auch vor der Schule nicht Halt macht, wirft rechtliche Fragen auf, die jede Lehrkraft betreffen und der Antworten bedürfen, um ein Gefühl der Rechtssicherheit zu entwickeln.

Bezirksvorsitzender Hanns Peters konnte im Hotel Weis in Mertesdorf eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen begrüßen. In seinen Eingangsgrußworten skizzierte er die augenblickliche Situation an den Fusionschulen und gab einen Tätigkeitsbericht über die Aktivitäten des Bezirksverbands im vergangenen Jahr. Er wies auf die engagierte Mitarbeit junger Kolleginnen und Kollegen wie Katharina Becker, Melanie Hecking und Peter Quint im erweiterten Bezirksvorstand hin und dankte den Delegierten, die sich bereit erklärt haben, die Arbeit des VDR an den Schulen vor Ort zu unterstützen.



Hanns Peters informiert über vielfältiges Engagement des VDR-Trier

Rechtsanwältin Antonia Dufeu (Schwerpunkt Medienrecht) informierte die Anwesenden anschließend anhand von Fallbeispielen über Persönlichkeitsrechte, rechtliche Aspekte des Umgangs mit Handys in der Schule und Urheberrechte. Viele Fragen schlossen sich an, die Frau Dufeu kompetent beantwortete. Deutlich wurde auch, dass Augenmaß Situationen entschärfen kann, es andererseits bei bestimmten Vergehen auch notwendig sein kann, die Polizei einzuschalten. Immer sind auch rechtliche Entwicklungen im Auge zu behalten, da sich auch die Rechtsprechung kontinuierlich verändert. Frau Dufeu hob die zentrale Rolle der Medienerziehung, des frühen



Sensibilisierens der Schülerinnen und Schüler für den verantwortungsvollen Umgang mit den Möglichkeiten von Internet und Handy als pädagogische Aufgabe hervor.

Das Thema stieß auf großes Interesse der Teilnehmer, weil Verletzungen der Persönlichkeitsrechte heute eine ganz andere Dimension als in der vordigitalen Zeit haben. Soziale Netzwerke im Internet spielen auch im schulischen Leben eine immer größere Rolle. Unkenntnis im Umgang mit ihnen führt

oftmals zu ungewollten Konsequenzen. Schule begegnet immer neuen Varianten möglicher Probleme, die sich oft nicht nur pädagogisch beantworten lassen. Daher ist auch die Kenntnis juristischer Aspekte von Bedeutung. Die Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten, dass der Nachmittag ein Gewinn war.



Peter Quint
Bezirk Trier
Quint.Peter@vdr-rlp.de

Jugendmedienschutz:

Altersgerechtes Surfen

Die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) hat das erste Jugendschutzprogramm positiv bewertet.

Ministerpräsident Beck, der Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder ist, freute sich über das positive Urteil der KJM. "Nutzerautonome Jugendschutzprogramme sind wichtige Instrumente, die Eltern dabei unterstützen, ihren Kindern ein alters-

gerechtes Surfen im Netz zu ermöglichen." Mit der Entscheidung für die Installation eines solchen Programms können die Erziehungsberechtigten festlegen, welche Inhalte ihren Kindern zugänglich gemacht werden.

Wichtig ist, dass sich die Wirtschaft aktiv an der Weiterentwicklung und Verbreitung der Jugendschutzprogramme beteiligt.

Quelle:
Newsletter Staatskanzlei
vom 12.08.2011

VDR-Personalräteschulungen 2012

Frühjahr

Bezirksverband Neustadt
1. März 2012
in Ludwigshafen

Bezirksverband Koblenz
6. März 2012
in Waldesch

Bezirksverband Trier
7. März 2012
in Mertesdorf

Herbst

**Bezirksverbände
Koblenz & Trier**
24. Oktober 2012
in Treis-Karden

Bezirksverband Neustadt
25. Oktober 2012
in Ludwigshafen

Genauere Informationen erhalten Sie rechtzeitig in unseren Einladungen an Ihre Schule, auf unserer Homepage und in dieser Zeitschrift.



VDR-Personalräteschulungen leben vom regen Interesse der anwesenden ÖPR-Mitglieder, ...



... die nicht nur gut informiert werden, sondern auch selbst knifflige Aufgaben rund um die Personalratsarbeit lösen...



... und das immer in einer entspannten und kollegialen Atmosphäre.



Um das weiterhin zu garantieren, stehen den Personalräten neben unseren spannenden Gast-Referenten ...



... immer auch VDR-Ansprechpartner ...



... in allen schulischen Belangen Rede und Antwort.

Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres verstößt nicht gegen Verbot der Altersdiskriminierung

Der automatische Eintritt der Beamten in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres verstößt nicht gegen das Verbot der Altersdiskriminierung. Dies entschied das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz.

Der Kläger war Professor an einer rheinland-pfälzischen Fachhochschule. Nachdem sein Eintritt in den Ruhestand über das 65. Lebensjahr um ein Jahr hinausgeschoben wurde, lehnte das beklagte Land eine weitere Verlängerung der aktiven Dienstzeit des Klägers ab. Die hiergegen erhobene Klage, mit welcher der Kläger geltend macht, eine generelle Altersgrenze sei unzulässig, wies bereits das Verwaltungsgericht ab. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte diese Entscheidung. Der allein an die Vollendung eines bestimmten Lebensalters geknüpfte Beginn

des Ruhestandes eines Beamten verstoße weder gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz noch gegen europarechtliche Vorgaben. Zwar führe die Altersgrenze zu einer Ungleichbehandlung wegen des Alters, weil der Betroffene aufgrund des Erreichens der Altersgrenze vom aktiven Dienst ausgeschlossen werde. Jedoch stelle diese Ungleichbehandlung keine Diskriminierung wegen des Alters dar, weil sie durch legitime Ziele gerechtfertigt sei. Denn die Altersgrenze diene einer ausgewogenen Altersstruktur in der öffentlichen Verwaltung und der

Entlastung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung zusätzlicher bzw. früherer Einstellungsmöglichkeiten für junge Beamte. Dem stehe nicht entgegen, dass nach dem Gesetz in Ausnahmefällen ein dienstliches Interesse an der vorübergehenden Weiterbeschäftigung eines Beamten über die Altersgrenze von 65 Jahren hinaus bestehen könne.

Urteil vom 25. Februar 2011,
AktENZEICHEN: 2 A 11201/10.OVG
Koblenz

VDR-Rechtsschutz



Hermann Kölsch ist als VDR-Rechtsschutzbeauftragter Anlaufstelle für Lehrkräfte, die Rat und Unterstützung suchen in schwierigen dienstlichen Konfliktsituationen. Bei ihm stehen mehrere Ordner mit Anliegen, die er an die Juristen des DBB-Dienstleistungszentrums zur Klärung und Unterstützung weitergegeben hat. In loser Folge sollen in dieser Zeitschrift Fälle vorgetragen werden. Hier ein weiteres Beispiel:

„Sehr geehrter Herr Kölsch, am ersten Tag unseres Englandaustausches ist mir mein Portemonnaie mit Bargeld, Bank- und Kreditkarte und weiteres Bargeld aus meiner Reisetasche gestohlen worden. Ich habe den Diebstahl der englischen Polizei gemeldet.

Da ich den Austausch geleitet habe und somit auch für die finanzielle Abwicklung aller Unternehmungen verantwortlich war, hat sich meine Aufgabe nach dem Verlust als äußerst schwierig erwiesen. Ich hatte u. a. keine Möglichkeit mehr, an das von Schülern eingezahlte Geld zu kommen.

Ich habe dann umgehend einen Antrag auf Schadenersatz bei dem Referat 12 der ADD gestellt, der aber am 23.04... gem. §99 LBG abgelehnt

wurde. Ich habe den Brief am 29.04.... erhalten.

*Mit freundlichen Grüßen
R. B.“*

Abschlussvermerk der VDR-Rechtsschutzstelle:

In dieser Angelegenheit wurde dem Mitglied ... schriftlich ... sowie mehrfach telefonisch Rechtsauskunft erteilt.

Es ging um die Problematik des Schadenersatzes bei Verlust von Geld während einer Klassenfahrt. Festzuhalten bleibt, dass das eigene Geld der Lehrkraft nicht zu ersetzen ist, jedoch das Geld, welches die Lehrkraft in Verwahrung hat, durch den Dienstherrn zu ersetzen ist.

Nachfragen ergaben sich seitdem nicht. Die Akte ist abzulegen.

VDR-Mitglieder, die für einen Problemfall aus ihrem dienstlichen Bereich rechtliche Beratung oder Rechtshilfe suchen, wenden sich schriftlich – auch per E-Mail – an den VDR-Rechtsschutzbeauftragten Hermann Kölsch.

In ihrem Schreiben soll der Sachverhalt geschildert und eine Fragestellung formuliert sein, bereits vorhandener Schriftverkehr sollte beigelegt werden.

Wichtig:

die Kosten für einen bereits extern eingeschalteten Anwalt können nicht übernommen werden, weil der DBB eigene Anwälte beschäftigt.

Adresse:

Hermann Kölsch

St.-Josef-Str. 2, 66953 Pirmasens,

Tel. 06331-97294

E-Mail: koelsch.hermann@vdr-rlp.de

Lehrer muss für Feuerwehreinsatz nach Brand in der Schulküche aufkommen

Rückt die Feuerwehr aus, nachdem es in einer Schule während des Arbeitslehreunterrichts bei der Zubereitung von Pommes Frites zu einem Brand gekommen ist, muss der Lehrer für die Feuerwehrkosten aufkommen, wenn er für den Feuerwehreinsatz verantwortlich ist. Dies hat das Verwaltungsgericht Neustadt entschieden.

Der Kläger, ein Realschullehrer, wollte im Februar 2010 einer Lerngruppe der neunten Klasse im Rahmen des Arbeitslehreunterrichts zeigen, wie man Pommes Frites frisch zubereitet. Während der Zubereitung entstand ein Brand. Der Hausmeister der Schule alarmierte die ortsansässige Feuerwehr, die mit 18 Einsatzkräften und mehreren Einsatzfahrzeugen das Schulgebäude aufsuchte. Ein qualmender Topf, der noch auf einer eingeschalteten Herdplatte stand, wurde durch Einsatzkräfte der Wehr ins Freie verbracht. Anschließend wurde die Schule gelüftet.

Die beklagte Stadt zog den Kläger zu den Kosten des Feuerwehreinsatzes in Höhe von 1.420,80 € heran. Dagegen erhob der Kläger nach erfolgloser Durchführung eines Vorverfahrens

Klage. Er machte geltend, er habe nicht grob fahrlässig gehandelt, da er sich vor Verlassen der Schulküche noch davon überzeugt habe, dass sämtliche Kochstellen ausgeschaltet gewesen seien. Aus Aufregung müsse er übersehen haben, dass noch eine Herdplatte in Betrieb gewesen sei. Bei einem Dienstunfall hafte im Übrigen zuerst der Dienstherr.

Die 5. Kammer des Gerichts wies die Klage ab. Die Richter führten zur Begründung aus, der Kläger sei als Lehrer für Ablauf und Durchführung des Kochunterrichts allein verantwortlich gewesen. Die Vermeidung von Gefahren für die Schüler und das Schuleigentum sei allein in seine Risikosphäre gefallen. Wegen der hohen Brandgefahr beim Erhitzen von Frittierfett auf einem Herd in einem normalen Topf

ohne Sicherheitsvorrichtungen seien an die Sorgfaltsanforderungen strengere Anforderungen zu stellen. Diese habe der Kläger hier verletzt. Der Umstand, dass er beim Verlassen der Schulküche einen Topf mit siedendem Fett auf einer noch eingeschalteten Herdplatte zurückgelassen habe, rechtfertige den Vorwurf der groben Fahrlässigkeit. Das Land Rheinland-Pfalz sei nicht vorrangig vor dem Kläger in Anspruch zu nehmen.

Gegen das Urteil kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Antrag auf Zulassung der Berufung durch das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz beantragt werden.

Verwaltungsgericht Neustadt,
Urteil vom 27. September 2011
AZ: 5 K 221/11.NW

Fundsachen VDR-Handbuch

Das VDR-Handbuch enthält unter der Ordnungsziffer „17“ Beiträge zum Themenfeld „Unterricht“. Dort findet sich aktuell ein Beitrag Hartmut Fischers zum **„Gestaltungsfreiraum der Lehrkraft“**.

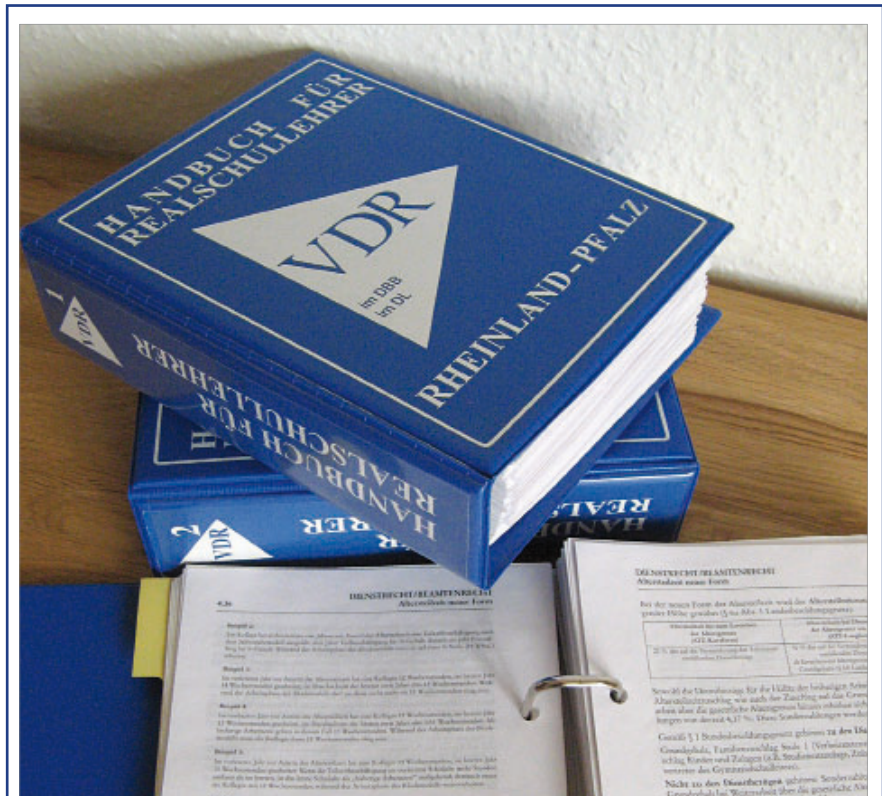
Ausgangspunkt ist u. a. „Der kompetente Umgang mit dem Gestaltungsfreiraum ist keine der Lehrkraft per se zuwachsende Kompetenz, sondern sie ist eine im Rahmen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung kumulativ und damit sukzessiv zu erwerbende Kompetenz, deren Ausgestaltung im Sinne eines „lebenslangen Lernens“ in den verschiedenen Epochen der Berufsbiographie ständig den situativen Gegebenheiten angepasst werden muss.“

Leseprobe - Textauszug:

... Das Schulgesetz steckt den Rahmen des Gestaltungsfreiraums großzügig und zugleich die Gestaltungskraft verbindlich einfordernd in § 25 Absatz 1 ab:

„Die Lehrkräfte gestalten Erziehung und Unterricht der Schülerinnen und Schüler frei und in eigener pädagogischer Verantwortung im Rahmen der für die Schule geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften, der Anordnungen der Schulaufsicht und der Beschlüsse der Konferenzen. Sie sind verpflichtet, an der Schul- und Qualitätsentwicklung mitzuwirken. Unbeschadet des Rechts, im Unterricht die eigene Meinung zu äußern, sollen die Lehrkräfte dafür sorgen, dass auch andere Auffassungen, die für den Unterrichtsgegenstand unter Berücksichtigung des Bildungsauftrags der Schule erheblich sind, zur Geltung kommen. Jede einseitige Unterrichtung und Information ist unzulässig.“

Grundsätzlich ist also die Lehrkraft frei in ihrem Handeln und gestaltet in pädagogischer Verantwortung Unterricht wie Erziehung. Der Begriff ‚pädagogisch‘ darf hier jedoch weder eng in Bezug auf eine wissenschaftliche Disziplin noch unverbindlich im Sinne eines vorwissenschaftlichen Verständnisses von pädagogischem Handeln verstanden werden, sondern gemeint ist die Verpflichtung zu berufswissenschaftlich fundiertem Handeln in der konkreten Situation. Der Rahmen wird dabei im Überblick benannt: Im Rahmen der Kulturhoheit der Länder regelt das Land Bildung und Erziehung im Grundsatz mit Rechts- und Verwaltungsvorschriften, an die jede Lehrkraft gebunden ist. Die Schulaufsicht kann Anordnungen verfügen und die Schulgemeinschaft selbst kann im



Das VDR-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 29,00 € (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1 bis 2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das

Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.

VDR-Mitglieder erhalten das Grundwerk und die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsent.

Rahmen der in § 23 beschriebenen Selbstständigkeit Konferenzbeschlüsse fassen, an die die einzelne Lehrkraft gebunden ist. Die Lehrkraft wird in ihrem grundgesetzlich verbrieften Recht auf Meinungsfreiheit keineswegs im Unterricht eingeschränkt, jedoch darf sie nicht einseitig den Unterrichtsauftrag gestalten und deshalb durch eine bewusst einseitige Auswahl der Informationsquellen auf die Lernenden indoktrinierend einwirken.

Die Wirkung von § 25 Abs. 1 des rhein-

land-pfälzischen Schulgesetzes auf die Lehrkräfte ist jedoch – insbesondere bei Berufsanfängern – sehr unterschiedlich. Die Freiheit der Gestaltung wird oft nicht in dem Maße wahrgenommen, wie es der Gesetzgeber intendiert hat, da das hierfür erforderliche Rechtsbewusstsein (noch) nicht ausgeprägt ist. ...



Wolfgang Wünschel
Stv. Landesvorsitzender,
Wuenschel.Wolfgang@vdr-rlp.de



Ein Spaziergang mit dem Ehrenvorsitzenden Hans Thielen feierte 75. Geburtstag

Unser Ehrenvorsitzender feierte am 4. Oktober seinen 75. Geburtstag, Anlass zu einem kurzen „Spaziergang“, auf dem ihn der amtierende Landesvorsitzende Bernd Karst begleitete.

Bernd Karst:

Herr Thielen, vor 30 Jahren wurden Sie auf dem Landesrealschultag in Mainz zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt, und bis heute sind Sie noch – insbesondere in beamtenrechtlichen Fragen – für den VDR aktiv. Was motiviert Sie zu diesem langjährigen Verbands-Engagement?

Hans Thielen:

Die Liebe zu meinem Beruf, die soziale Verantwortung für meine Kolleginnen und Kollegen und die Idee einer Schulart, wie sie die Realschule beinhaltet und seit ihrer Errichtung mit großem Erfolg praktiziert.

Bernd Karst:

Sie haben alle Ebenen der Verbandsarbeit kennengelernt – als Bezirksvorsitzender, Landesvorsitzender und Bundesvorsitzender. Welche Funktion war die interessanteste, welche die schwierigste Aufgabe?

Hans Thielen:

Die interessanteste Herausforderung war die Übernahme des Amtes als Bezirksvorsitzender, weil es eine ganz neue Aufgabe war. Die Wahrnehmung der Funktion des Bundesvorsitzenden war die vielfältigste Herausforderung. Schließlich war diese verbunden mit dem Blick auf 16 Bundesländer mit jeweils eigener Kulturhoheit und unterschiedlichen Schulsystemen. Die Aufgabe des Landesvorsitzenden war die politischste Herausforderung. Der Landesvorstand hat konkrete Interessen hinsichtlich unserer Schulart und ihrer Lehrerschaft zu vertreten und durchzusetzen.

Bernd Karst:

Landesvorsitzender waren Sie in den Jahren 1993 bis 1998. Was war in dieser Zeit das schulpolitisch herausragende Thema?

Hans Thielen:

Das zentrale Thema dieser Zeit war die Sicherung der Realschule Rockenhausen. Die Landesregierung beabsichtigte damals, in Rockenhausen die vor Ort neu gegründete Integrierte Gesamtschule mit der bestehenden Realschule zu verschmelzen. Der VDR konnte dies durch ein rechtliches Verfahren verhindern.

Entscheidend dabei war, dass das Oberverwaltungsgericht nicht nur einen Gesetzesverstoß feststellte, sondern grundsätzlich „das Recht der Eltern, zwischen ... verschiedenen Bildungsangeboten frei wählen zu können“ betonte.

Bernd Karst:

Die Landesregierung hat 2007 per Gesetz die Schulstruktur verändert. Verbandsarbeit ist dadurch schwieriger und zugleich intensiver geworden.

Hans Thielen:

Ich finde das Engagement des amtierenden Vorstandes beeindruckend. Schließlich muss viel Überzeugungsarbeit geleistet werden – auch bei den Eltern. Realschulbildung ist eben unverzichtbar mit Blick auf den Arbeitsmarkt und die gesellschaftlichen Bedürfnisse. Berufsorientierung wird zunehmend die mittlere Ausbildung prägen.

Bernd Karst:

Die Realschule plus will eine attraktive Alternative zum Gymnasium sein. Welche Bedingungen sind daran geknüpft?

Hans Thielen:

Die Realschule plus hat die doppelte Aufgabe, die auch zuvor von der Realschule zu leisten war, berufs- und studienorientiert auszubilden. Dazu gehört ein solides Fundament an Allgemeinwissen, eine interessenorientierte Wahlmöglichkeit im Fächerangebot und eine konstante Begegnung mit



Hans Thielen und Bernd Karst

der Arbeitswelt, wie sie zum Beispiel Betriebspraktika bieten oder auch intensive Kontakte mit dem Hochschulbereich.

Bernd Karst:

Unser „Spaziergang“ durch die schulpolitischen Zeiten macht deutlich, dass Sie gedanklich und real immer noch mit der Schulpolitik und dem VDR ganz eng verbunden sind. Womit beschäftigen Sie sich außerdem in Ihrer freien Zeit?

Hans Thielen:

Ich lese sehr viel. Ich bin ein „Papierfresser“, von kommunalpolitischen Informationen angefangen über landes- und bundespolitische Entscheidungen bis zu kulturpolitischen Vorgängen. Mein verbandspolitisches Engagement setzt dies voraus.

Bernd Karst:

Und ein persönlicher Wunsch für die Zukunft wäre?

Hans Thielen:

Dass ich die Nähe und Zuneigung meiner Familie noch längere Zeit erleben kann.

Der VDR gratuliert und wünscht Gesundheit und Gottes Segen für das neue Lebensjahr!

Bezirk Koblenz

70. Geburtstag

am 08.11. Renate Schulze
Hachenburg

am 10.11. Ernst Schäfer
Altenkirchen

am 11.12. Winfried Schley
Aachen

71. Geburtstag

am 30.11. Wolfgang Kaiser
Betzdorf

72. Geburtstag

am 16.12. Christel Wiene
St.Katharinen

75. Geburtstag

am 14.12. Günter Tretschok
Bell

76. Geburtstag

am 26.11. Luise Tonn
Sohren

am 27.11. Klaus-Peter Wyrwoll
St. Johann / Mayen

82. Geburtstag

am 22.11. Hans-Ludwig Clemens
Simonswald

**Wir bitten um Entschuldigung, falls wir
Geburtstage im Zeitraum 1. November bis
31. Dezember 2011 übersehen haben.**



Bezirk Neustadt

70. Geburtstag

am 03.11. Hildegard Lee
Mainz

am 28.11. Christel Greiner
Neustadt / W

am 08.12. Ulrike Reuter-Schneider
Schönborn

74. Geburtstag

am 04.12. Klaus Kiefer
Landau

am 16.12. Roswitha Stauder
Altleiningen

am 21.12. Oskar Francke
Neustadt

76. Geburtstag

am 04.11. Heribert Brechter
Landau

79. Geburtstag

am 21.12. Rudolfine Zehetner
Landau

85. Geburtstag

am 25.12. Walter Kallenbach
Neustadt / W

91. Geburtstag

am 16.12. Peter Nußbaum
Pirmasens

Bezirk Trier

72. Geburtstag

am 20.11. Friedel-Norbert Müller
Morbach

am 21.12. Hans-Jürgen Vogt
Kaperich

74. Geburtstag

am 16.12. Heinz-Albrecht Becker
Prüm

75. Geburtstag

am 14.12. Berthold Becker
Hillesheim

78. Geburtstag

am 03.11. Bernhard Heisig
Trier

83. Geburtstag

am 16.11. Franz Meyer
Neumagen-Dhron

84. Geburtstag

am 26.11. Horst Faust
Starkenbourg

89. Geburtstag

am 31.12. Jula Scholzen-Gnad
Trier

97. Geburtstag

am 18.12. Karl Denkel
Haunetal



Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlichen Daten

Der VDR Bezirksverband Neustadt lädt zu einer Führung durch die Ausstellung ein.



Einfach und schnell zuzubereitende Lebensmittel stehen in unserer hektischen Zeit hoch im Kurs. Supermärkte haben für jeden das Richtige; ob Konserven oder Tiefgefrorenes, Rohes oder Halbgefrorenes oder auch Frisches aus der Region und Exotisches aus Übersee, der Globalisierung sei Dank, steht alles im Regal.

Die Ausstellung gibt Verbraucherinnen und Verbrauchern u. a. Orientierungshilfen in dem für uns unübersichtlichen Geflecht globaler Nahrungsmittelproduktion.

**Mittwoch, 11.01.2012 • Treffen am Eingang 15.15 Uhr
Führung 15.30 Uhr bis 17.00 Uhr**

Im Rahmen der Ausstellung findet um 18.00 Uhr im Auditorium des Museums ein Vortrag statt:

**„Von Vitaminen und anderen Stoffen“
Von Sinn und Unsinn der Nahrungsmittelergänzung**

Wir können die Zeit in der Lounge des nahe gelegenen Radisson-Hotels überbrücken.

Anmeldung:

Gudrun Deck • Am Renngraben 91 • 67346 Speyer
Tel.: 06232/79441 • E-Mail: Deck.Gudrun@vdr-rlp.de

TECHNOSEUM
Landesmuseum
für Technik und Arbeit
in Mannheim

B E I T R I T T S E R K L Ä R U N G

**Verband Deutscher Realschullehrer
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Schulen im Sekundarbereich
Landeskassierer Martin Radigk
Nachtigallenweg 55
67346 Speyer**

Tel.: 06232/40444
Fax: 06232/1213318
E-Mail: landeskassierer@vdr-rlp.de

Name	Vorname	Dienstbezeichnung	Geb.-Datum
Straße	PLZ	Wohnort	Telefon / Telefax / E-Mail
Schule/Dienststelle		Prüfungsfächer	

Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A16 A15 A14 A13 A12 TV-L ...

Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit ____ Wochenstunden

Ich bin Lehramtsanwärter/in Mein/e Ehepartner/in ist bereits VDR-Mitglied

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VDR Rheinland-Pfalz e.V.

Mein Eintritt soll zum 1. _____ 20__ erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der Beitragsordnung vom 3. November 2009. Gleichzeitig gebe ich dem Landeskassierer widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u.g. Kontos. Mit der Speicherung meiner o.g. Daten ausschließlich für VDR-interne Zwecke bin ich einverstanden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
Ort	Datum	Unterschrift

Die VDR-Beitrittserklärung finden Sie auf der VDR-Homepage unter: www.realschule-vdr.de

VDR-Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55% vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

Ab 01.04.2010 gilt folgende Beitragsstaffelung:

	Gehaltsstufe		Monatsbeitrag
Beamte	A 16		15,50 €
	A 15		14,50 €
	A 14		13,00 €
	A 13		12,00 €
	A 12	oder darunter	11,00 €
	A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,00 €
	A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	9,00 €
	A12/A13	Teilzeit bis 14 Wstd.	8,00 €
	Lehramtsanwärter		6,00 €
	Pensionäre		6,00 €
Ehegatten	bei einem Vollzahler zahlt der Ehegatte		6,00 €
Angestellte	TV-L	Vollbeschäftigung	10,00 €
	TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	8,00 €
	TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	7,00 €
	Rentner		6,00 €

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich.

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15 – 21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Ehegatten, Beurlaubte, Pensionäre, LAA

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A13. Dieser Beitrag gilt auch für Ehepaare bei Mitgliedschaft beider Ehepartner (ein Vollzahler + 6 €).

Mitglieder in Altersteilzeit

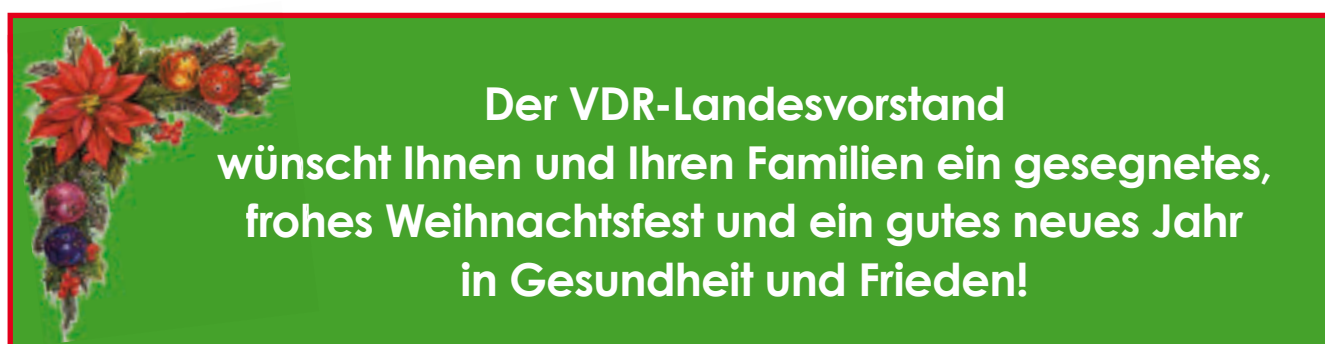
- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.

Lehramtsanwärter-Spezial

Durch Beschluss des Landeshauptvorstandes vom 18.08.2009 ist die Mitgliedschaft für LAA (Einstellungsdatum 01.08.2009 bis 31.01.2012) für die Dauer des Vorbereitungsdienstes kostenfrei.

Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlichen Daten

Editorial	2
Schulpolitik	
Leitartikel: Einsatz und Leistung müssen sich lohnen	3
VDR im Gespräch mit der SPD-Fraktion: Realschule plus	4
VDR im Gespräch mit STS'in Reiß: Ausbau des FOS-Netzes	5
VDR im Gespräch mit der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion	6
Schulstatistik: Defizit verdoppelt	7
VDR im Gespräch mit der CDU-Fraktion: Die Realschule plus benötigt günstige Rahmenbedingungen	8
Schulfrieden für Bad Kreuznach?	9
Inklusion: Verein „Pro Förderschule RLP“ gegründet	16
VDR-Erziehungsoffensive	18
11. SWD-RS-Kongress: Individualität braucht Differenzierung	22
Lehrerbildung und Studienseminare	
Vorbereitungsdienst neu konzipiert	12
Buchtipps: Fachdidaktik Französisch in der S I	23
Personalvertretung	
Bericht: ÖPR Schulung für den Bezirk Neustadt	26
Bericht: ÖPR Schulung für die Bezirke Trier und Koblenz	27
Termine Personalräteschulungen 2012	29
Standesvertretung	
Groß-Demo in Mainz gegen Sparpolitik der Landesregierung	10
Lehrergesundheit	
Buchtipps: Herausforderung Lehrergesundheit	21
Recht	
Plagiatssoftware der Schulbuchverlage	14
Urteil: Kein Anspruch auf Aufnahme in KGS	17
Urteil: Keine Altersdiskriminierung bei Ruhestand mit 65	29
Urteil: Lehrer muss Schadenersatz nach Brand leisten	30
VDR-Mitgliederservice: Rechtsberatung und Rechtshilfe	30
VDR intern / aus den Bezirken	
VDR-Trier im Gespräch mit der ADD	23
VDR Bezirksverband Koblenz: Arbeitsplatz Schule	24
VDR Bezirksverband Koblenz: Besuch der BUGA	25
VDR Bezirksverband Trier: Was ist in der digitalen Welt erlaubt?	28
VDR-Mitgliederservice: VDR-Handbuch	31
VDR Bezirksverband Neustadt: Einladung zur Ausstellung „Unser täglich Brot“	33
Beitrittserklärung	34
Termine	
VDR-Hauptversammlung: 26.04.2012	3
Termine Personalräteschulungen 2012	29
Persönliches	
Der VDR gratuliert zum Geburtstag	33
Ehrenvorsitzender Hans Thielen feierte seinen 75. Geburtstag	32



Das bietet der VDR

VERBAND DEUTSCHER REALSCHULLEHRER

Internationaler Lehrerausweis
International Teachers' Identity Card
Carte Internationale d'identité d'enseignant



Nur gültig in Verbindung mit Pass oder Personalausweis
Only valid with passport or identity card
Valable seulement en liaison avec le passeport ou la carte d'identité

RHEINLAND-PFALZ

Diensthaftpflicht

Die Deckungssummen betragen jetzt:

- 3.000.000 € pauschal für Personen- und Sachschäden,
- 50.000 € für Vermögensschäden,
- 50.000 € für Verlust von Dienstschlüsseln,
- 5.000 € für Schäden am Eigentum der Schule.

Rechtsschutz und Rechtsberatung

Der VDR berät Sie in allen schul- und beamtenrechtlichen Fragen.

Bei Problemen von grundsätzlicher Bedeutung gewährt der DBB auf Antrag über den VDR zusätzlich Rechtsschutz.

Zeitschriften & Kalender

Realschule in Rheinland-Pfalz
die Zeitschrift des VDR-Landesverbandes e.V.
dbb magazin
Mitteilungsblatt des DBB
Realschule in Deutschland
die Zeitschrift des VDR-Bundesverbandes
Taschen-, Tisch- und Wandkalender

VDR-Handbuch für Realschullehrer

Loseblattsammlung:
ca. 1.400 Seiten in 2 Ordnern,
25% Rabatt für Mitglieder auf alle Lieferungen.

Halbjährliche Aktualisierung
(Nachlieferungen).

Sie erhalten das Handbuch beim Eintritt in den VDR als Begrüßungsgeschenk.

VDR Homepage

- aktuelle Informationen
- wichtige Hinweise
- Vordrucke (downloads)
- Anschriften

www.realschule-vdr.de

**Fortbildungsveranstaltungen
Informationsschriften**